



## RECHTE HETZE

Militärisch gegen  
Flüchtende

3

## FRAUENKAMPF

Kämpferischer 8. März

8

## HÄUSERKAMPF

Ein Treffen mit der  
«Effy 29»

12

## RENTENREFORM

Faule Kompromisse in  
Bern

14



## Gemeinsam sind wir stärker - revolutionäre Praxis heute

**G20-GIPFEL Es regt sich Widerstand gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Wir nehmen die Diskussionen über mögliche Aktionen gegen diese Veranstaltung zum Anlass, uns über die Entwicklung heutiger revolutionärer Politik Gedanken zu machen.**

(gpw) Die Frage, wie revolutionäre Praxis heute aussehen soll oder kann, lässt sich nicht ganz einfach beantworten. Es gibt nicht *die* revolutionäre Praxis, nicht *die* revolutionäre Form – im Gegenteil. Der politische Inhalt einer Praxis ist von zahlreichen Faktoren abhängig. Ein Beispiel: Die kämpfende türkisch - kurdische Bewegung in der Türkei bedient sich nebst anderer Mitteln auch des Parlamentarismus. In der Schweiz wird der Parlamentarismus von den meisten AktivistInnen, die sich zu einer revolutionären Politik bekennen, abgelehnt. Das bedeutet jedoch nicht, dass die einen immer recht und die anderen immer Unrecht haben. Dies kommt auf die Analyse einer bestimmten objektiven

und subjektiven Situation an. Die Anwendung der Kampfform Parlamentarismus wäre in der Schweiz in der jetzigen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung sinnlos. Sie hätte kein Potential, eine Bewegung zu stärken, welche auf den Umsturz des herrschenden Systems hinarbeitet. Wäre die Kampfkraft des revolutionären Subjekts, vorab der ArbeiterInnenklasse, stärker und der Parlamentarismus in einen breiteren Kampf eingebettet, in dem er nicht mehrheitlich als einzige Form der Politik verstanden wird, könnte ein Auftritt im Parlament eine revolutionäre Bewegung möglicherweise stützen und die Frage nach Interventionen im Parlament wäre dann vielleicht anders zu beantworten. So wird kaum jemand ernsthaft behaupten, dass in der Türkei / Kurdistan der parlamentarische Kampf die politische Führung hätte, wenn dies auch nicht heisst, dass sich aus einer Gleichzeitigkeit von bewaffnetem und parlamentarischen Kampf nicht widersprüchliche und schwierige Situationen ergeben können.

### Strategie und Taktik

Der Marxismus kennt keine abstrakten, mora-

lischen oder religiösen Prinzipien, welche die Auswahl der Kampfmittel beschränken. Ebenso wenig denkt er sich Kampfmethoden aus, die unter allen Umständen wirksam sind. Die Ablehnung bestimmter aus der Massenbewegung entspringender Kampfmethoden oder die Beschränkung auf bestimmte Aktionsformen gehört entweder zum Reformismus (Ablehnung revolutionärer Gewalt) oder zur Sektiererei (Ablehnung sämtlicher Kampfarten ausser der revolutionären Gewalt). Ob ein Kampf revolutionären oder reformistischen Charakter hat, ob er also den grundlegenden Interessen der Ausgebeuteten entspricht oder nicht, hängt von den Zielen ab, die er verfolgt. Ist ein Ziel vom Standpunkt der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet beispielsweise reaktionär, dann bleibt es reaktionär, selbst wenn es sich scheinbar einer revolutionären Form bedient. Ein bewaffneter Aufstand mit dem Ziel eines faschistischen Umsturzes wird durch die Wahl des Mittels nicht revolutionär.

Fortsetzung auf Seite 6

POLITISCHE GEFANGENE

Gefangen in Indien

In Indien sind laut Angaben der Co-ordination for Democratic Rights Organisation (CDRO) zurzeit 5000 politische Gefangene in Haft. Es handelt sich dabei um Menschen, die in einem der vielen Kämpfe engagiert sind, die vor allem auf dem Land geführt werden. Es geht dabei oft um Landübernahmen durch grosse Firmen, die Ressourcen wie Mineralien und Wasser ausbeuten möchten. Unter den Gefangenen sind vielfach Menschen, die einfach nur in den Dörfern wohnten, in denen sich die Kämpfe abspielten, ohne dass sie selber speziell aktiv waren.



Die Festnahmen laufen entweder unter eigens dafür erlassenen Gesetzen oder unter solchen, die noch zur Zeit der britischen Kolonialregierung zur Verfolgung von Aufständen gegen die Besatzer erlassen wurden. Es gibt ganze Dörfer, deren BewohnerInnen jederzeit festgenommen werden können, weil die Dorfgemeinschaft als Ganzes in einer entsprechenden Anzeige bei der Polizei genannt wird. Die Haftbedingungen sind schrecklich. Die Gefangenen werden in den Gefängnissen, die noch aus der Zeit der britischen Besatzung stammen, in grossen überfüllten Sälen eingesperrt. Es scheint Standard zu sein, dass Festgenommene über Monate oder gar Jahre ohne Prozess in Haft sitzen und danach oftmals ohne Urteil freikommen.



**Aufbau-Vertrieb**  
An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

<b>BASEL</b> Bläsiring 86 Öffnungszeiten auf Anfrage E-Mail: basel@aufbau.org	<b>ZÜRICH</b> Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe) Samstags von 12 bis 17 Uhr
--	--

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel  
Öffnungszeiten auf Anfrage  
E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur  
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich  
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)  
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich  
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org  
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),  
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich  
(gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs),  
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),  
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),  
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)  
Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5  
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Frauendemo am Paradeplatz in Zürich, 11.3.2017

Editorial

**W**er in diesen Tagen eine Tageszeitung aufschlägt, bekommt selten viel Gutes zu lesen. Die Schlagzeilen sind geprägt von chauvinistischen Eskapaden Donald Trumps oder von Repressalien gegen RegimekritikerInnen in der Türkei und den Reaktion der EU. Im Inlandteil wird uns eingetrichtert, dass der schweizerische Sozialstaat nur zu retten sei, wenn bei Rentnerinnen und SozialhilfeempfängerInnen gespart wird – bei denen also, die ohnehin schon am Wenigsten haben.

**D**iesbezüglich macht der aufbau keine Ausnahme. Auch wir schreiben über die Rentenreform (Seite 13), beschäftigen uns mit dem europäischen Imperialismus und ihre Flüchtlingspolitik (Seite 3) und auch Trump hat es in unserer Zeitung geschafft (Seite 4).

**I**m Gegensatz zu den bürgerlichen Medien gilt unser Hauptaugenmerk allerdings dem Widerstand, der sich gegen diese reaktionäre und ungerechte Politik regt und den Ansätzen und Entwicklungen revolutionärer Gegenmacht, wie sie sich beispielsweise in Rojava oder den Wäldern Indiens zeigen. An Orten also, wo eine starke revolutionäre Bewegung damit angefangen hat, eine Alternative zum hier scheinbar alternativlosen Kapitalismus aufzubauen.

**E**ine revolutionäre Perspektive in einer konkreten Praxis umgesetzt zu sehen und sich solidarisch damit auseinanderzusetzen, kann auch für uns in der Schweiz sehr ermutigend sein. Dennoch findet unser Kampf für eine fortschrittliche Gesellschaft für uns Kommunistinnen und Kommunisten, die hier leben, auch hier statt. Daher machen wir uns im Schwerpunkt Überlegungen hierzu, wie ein solcher Kampf entwickelt und umgesetzt werden könnte (Seite 1 und 6/7). Nebst einem Bericht über die geplanten Proteste gegen das Gipfeltreffen der G20 im Juli in Norddeutschland berichten wir auch über die weltweiten Mobilisierungen am internationalen Frauenkampftag (Seite 8). Diese Beispiele zeigen, dass der Widerstand gegen den Kapitalismus und die Entwicklung einer revolutionären Praxis nicht nur im fernen Ausland möglich und wichtig sind. Auch bei uns, im Hinterland der kapitalistischen Grossmächte, können wir in den verschiedensten (Aktions-)Formen auf der Strasse, an Kundegebungen und an Veranstaltungen unseren Beitrag zur Entwicklungen einer revolutionären Perspektive leisten. Claude, der uns in diesem Kampf leider nicht mehr zur Seite stehen wird, werden wir nicht vergessen (Seite 10).

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

# Rechte Hetze und Flüchtlingspolitik

**IMPERIALISMUS Mit militärischer Gewalt und einem fragwürdigen Deal mit der machtlosen libyschen „Einheitsregierung“ will die EU und die Schweiz die Flüchtlinge stoppen. Die fremdenfeindliche Hetze rechter und faschistischer Parteien ist durchaus erwünscht.**

(rabs) Der Brexit und die Wahl Donald Trumps haben einen weiteren Damm für einen verschärften Nationalismus mit all seinen hässlichen Facetten gebrochen. Zu den Profiteuren gehören in erster Linie neofaschistische Parteien wie der Front National in Frankreich, die Einmann-Partei von Geert Wilders, die AfD in Deutschland, aber auch die ultrarechte SVP in der Schweiz. Darüber erstaunt sein kann nur, wer dem naiven Glauben huldigt, die Globalisierung bedeute Fortschritt, Frieden und Freiheit für die Menschheit. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist bekanntlich aber das Gegenteil der Fall. Verschärfte Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalfraktionen, Kampf um Rohstoffe und politische Einflussphären prägen die Globalisierung und bilden den Nährboden für das Comeback des reaktionären Nationalchauvinismus, nicht nur im Falle der Türkei verbunden mit despotischer, faschistoider Herrschaftsformen.

## Niederlande – der Sieg von Geert Wilders

Auch die bürgerliche Demokratie bietet reaktionären PolitikerInnen genügend Spielraum für eine aggressive Kriegspolitik gegen Aussen und einer repressiven Politik gegen Innen. Der Wahlsieg der rechten Volkspartei für Freiheit und Demokratie VVD des bisherigen niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte ist sicherlich kein Ausdruck einer Gegentendenz. Seinen Sieg verdankt der neoliberale Politiker Rutte nicht zuletzt der Übernahme der islamfeindlichen Inhalte von Geert Wilders. Gegenüber der Türkei fährt des EU-Land derzeit den schärfsten Kurs und nimmt mit dem Landeverbot des türkischen Aussenministers und der Ausweisung der Gesundheitsministerin einen offenen diplomatischen Krieg in Kauf. Offensichtlich wollte die Regierung damit Geert Wilders das Wasser abgraben und zeigen, dass sie ihm in der Ablehnung des Islams in nichts nachsteht. Das Phänomen ist überall das gleiche. Bürgerliche und sozialdemokratische Parteien übernehmen die Inhalte der Ultrarechten oder NeofaschistInnen.

## Konferenz von Rom – Krieg gegen die Flüchtlinge

Ein Musterbeispiel ist die Flüchtlingspolitik der EU, oder richtiger ausgedrückt, der Krieg der EU gegen die Flüchtlinge. Das Mittelmeer zwischen Italien, Griechenland und Nordafrika ist eine hochmilitarisierte Zone. 1800 Soldaten mit Schiffen, Flugzeugen und Helikoptern führen hier im Rahmen der Operation Sophia einen Krieg gegen sogenannte Schlepperbanden, ehrlicher wäre, gegen die Flüchtlinge. In Rom trafen sich die Innenminister von Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien und der Schweiz im März bereits zum zweiten Mal dieses Jahr. Das Ziel dieser Treffen ist mit einem Deal mit der sogenannten „Einheitsregierung“ von Libyen, ähnlich dem Pakt mit der Türkei, dafür zu sorgen, dass keine Flüchtlinge mehr das Land verlassen können. Ein in verschiedener



Simonetta Sommaruga am Plaudern mit dem bulgarischen Grenzwachtkorps

Hinsicht absurdes Ansinnen. Tatsache ist, dass die libysche «Einheitsregierung» keinerlei Autorität im von Warlords, IS und anderen islamistischen Banden beherrschten Land hat. Eine Situation, die im Jahre 2011 durch den militärischen Überfall und den Sturz Präsident Gaddafis durch die imperialistischen Mächte unter der Führung Frankreichs und der USA herbei geführt worden ist. In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, dass die EU mit dem damaligen Präsidenten Gaddafi ein entsprechendes Abkommen hatte und aus Libyen keine Flüchtlinge nach Europa kamen. Erst mit dem völkerrechtswidrigen Krieg und dem daraus entstandenen Chaos in Libyen wurde das Land zur Drehscheibe für die Flüchtlinge.

## Innenministerin Sommaruga - Frontex-Frontfrau und Demagogin

Wie gewohnt ist die sozialdemokratische Schweizer Innenministerin an Arroganz und Zynismus nicht zu überbieten. „Kriminelle dürfen nicht entscheiden, wer nach Europa gehen darf und wer nicht“, kommentiert sie den Versuch, die Flüchtlinge bereits in Libyen zu stoppen. Frau Sommaruga ist als aktive FRONTEX-Unterstützerin Teil dieser kriminellen Vereinigung. Die Sozialdemokratin blendet bewusst die Tatsache aus, dass die Ursachen für die Fluchtbewegungen in der Kriegspolitik und den neokolonialen Freihandelsabkommen liegen und sicherlich nicht bei den Schlepperstrukturen. Selbst Radio Vatikan weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass

es völlig absurd ist, mit einer «Regierung» zu verhandeln, die zwar dem EU-Gusto entspricht, aber über keinerlei politisch und schon gar nicht militärischen Einfluss im Land verfügt. Und ohrfeigt die militaristische EU-CH-Politik mit dem Vorschlag, sichere Kanäle für die Einreise der Flüchtlinge zu schaffen. Es passt in diesem Zusammenhang ins Bild, wenn der sozialdemokratische Regierungsrat Mario Fehr sich öffentlich mit der hohen Zahl von Ausschaffungen im Kanton Zürich brüstet.

## Sozialismus oder Barbarei?

Wenn es auch stimmt, dass die kapitalistische Krise und die Kriegspolitik der imperialistischen Mächte ein reaktionäres innenpolitisches Klima kreieren, so bleibt doch eine grosse Frage im Raum: Warum gelingt es den revolutionären und fortschrittlichen Kräften in den kapitalistischen Metropolen nicht, erfolgreicher, sprich mit mehr Massenwirksamkeit, die kapitalistischen Verhältnisse zu denunzieren und eine sozialistische Perspektive aufzuzeigen. Die Denunziation der kapitalistischen Auswüchse, die Kritik an der herrschenden Klasse, im völkischen Sprachgebrauch „classe politique“ genannt, betreiben derzeit vor allem die reaktionäre Kräfte. Ihr erklärtes Ziel ist die Verhinderung einer sozialistischen Gesellschaft und der Erhalt der so heftig und polemisch kritisierten Verhältnisse. Es ist die Aufgabe aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte, diese Situation wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

# Unbeschreiblich schlechte Bedingungen

**CALLCENTER Die Arbeit im Callcenter ist bekanntermassen aufreibend. Hier ein Bericht aus einem Betrieb, der geschlossen wurde.**

## (az) Wie würdest du die Arbeitsbedingungen im Callcenter beschreiben?

Die Arbeitsbedingungen waren unbeschreiblich schlecht. Das fing damit an, dass wir nie wussten, wie viele Stunden wir arbeiten. Vertraglich war eine Arbeitszeit von 30-45 Stunden festgelegt. Wir wurden oft nach Hause geschickt, obwohl wir gemäss Arbeitsplan eingeteilt waren. Also hatten wir fast nie einen 100% Lohn. Beim Projekt, für das ich zuständig war, war es zusätzlich so, dass in der Mittagszeit keine Anrufe reinkamen. Wir waren verpflichtet, 90 Minuten Mittagspause zu machen und zusätzlich waren 30 Minuten obligatorisch. Alles unbezahlt. Sogar die Pipi-Pause wurde abgezogen. Im Callcenter können sie das kontrollieren, weil wir uns ja ausloggen müssen, wenn wir das Telefon verlassen, sonst würden Anrufe reinkommen und nicht beantwortet werden.

## Wie steht es um den Lohn?

Weil wir oft nicht genug Stunden hatten, war der

sehr unsicher. Wir hatten eine Basis von CHF 25.- pro Stunde. Zusätzlich gab es einen Bonus, allerdings haben sie den gern gestrichen. Ein Tag krank und weg war der Bonus! Da kommt man natürlich arbeiten, wenn es irgendwie machbar ist. Druck war üblich, für alles gab es Mahnungen und wer nicht spurte, hatte keinen Bonus und sehr schnell dann auch die Kündigung.

## Ist das in anderen Callcentern ähnlich?

Wo ich gearbeitet habe, war es schon übertrieben. Ich selbst habe nur diese Erfahrung, aber ich höre von KollegInnen, die jetzt an anderen Orten arbeiten, dass es da entspannter über die Bühne geht. Aber auch von solchen, wo es ähnlich schlimm ist.

## Wie kam es zur Schliessung?

Sehr sehr schnell! So schnell, dass wir nichts tun konnten. Wahrscheinlich hätten wir sowieso nichts getan, der Zusammenhalt im Callcenter ist schon da, aber alle schauen dann doch zuerst auf sich. Ich verstehe das auch, für viele war der Lohn existenziell. Ein Kollege hatte zum Beispiel sechs Kinder und drei Jobs. Und dann bekommt er die Kündigung, mit einem Monat Kündigungsfrist! Der musste schnell eine neue Stelle finden. Andere haben den Job nur angenommen, weil

sie das Arbeitsamt dazu gezwungen hatte. Die waren eher froh über die Kündigung.

## War es unerwartet?

Ja total. Unser Projekt hatte wenige Wochen vor der Kündigung eben noch fünf neue Mitarbeiter rekrutiert. Kurz nachdem in Biel eine weitere Filiale eröffnet wurde, hat man uns gesagt, dass Zürich zu wenig Gewinn mache. Das ist auch nicht verwunderlich. Der Chef hatte einerseits eine Offerte zum Dumping-Preis gemacht und sich zusätzlich in den Verhandlungen über den Tisch ziehen lassen. Das führte dazu, dass wir schon bei zwei Stunden zu viel Arbeit pro Tag im Defizit waren. Deshalb wurden auch dauernd Leute zu früh nach Hause geschickt.

Im Herbst haben sie die Schliessung angekündigt, am 31.10.2016 wurde ein Konsultationsverfahren eröffnet. Sie waren rechtlich dazu gezwungen, der Entscheid stand. Einen Monat später wurden wir entlassen und der Betrieb per Ende Jahr geschlossen.

Auch war die Informationspolitik sehr schlecht, ich denke, sogar gegenüber meinem obersten Chef. Der bekam auch nur Anweisungen. Er hätte sie anders umsetzen können, natürlich, aber grundsätzlich lässt das System wenig Spielraum.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

## Buttersäure-Angriff auf SVP-Feier

Rechte Hetze stinkt. Manchmal schadet es aber nicht gewisse Dinge doppelt zu unterstreichen.

So haben wir uns heute, Samstag Nachmittag (18. März 17), aufgemacht und Buttersäure im Kongresshaus Zürich verschüttet. Hier wollen sich die SVP-Dumpfbacken morgen zu ihrem 100-Jahre-Jubiläum treffen. Damit haben wir hoffentlich dazu beigetragen, ihnen diesen Anlass immerhin ein wenig so zu versauen, wie sie mit ihrer rassistischen Stimmungsmache das Leben von tausenden MigrantInnen, Asylsuchenden und Sans-Papiers (und Menschen überhaupt) in diesem Land versauen.

Morgen Sonntag alle auf die Strasse!

SVP-Jubel-Tagung verhindern!

## Kriegsprofiteure angreifen

Mit diesem Schriftzug haben wir an der diesjährigen Demo in Zürich (2017) zum Internationalen Frauentag die UBS denunziert. Das Blut, welches an ihren Händen klebt, haben wir mit roter Farbe im Eingangsbereich symbolisiert.

Weltweit und auch in der Schweiz profitieren die Rüstungsindustrie und die Finanzbranche von den Kriegen, die rund um den Globus von den imperialistischen Mächten angezettelt werden. Obwohl die Finanzierung der Herstellung, der Produktion und des Vertriebs international geächteter Waffen, insbesondere von Atomwaffen und Streumunition in der Schweiz verboten sind, finanzieren die UBS, die Credit Suisse und die Kantonalbanken Rüstungskonzerne, die in die Produktion von Atomwaffen involviert sind. Betrachten wir den Finanzplatz Schweiz bietet sich folgendes Bild: es gibt keine einzige Bank, die nicht in umstrittene Konzerne investiert. An der Spitze steht die UBS, die Atomwaffenproduzenten 3685 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt hat. Ausserdem finanziert sie drei der acht wichtigsten Produzenten von Strumunition und deren Bestandteilen.

### Geschäft mit dem Krieg

Die Liste der in der Sicherheits- und Wehrtechnik tätigen Firmen umfasst laut Swissmem rund 50 Mitglieder. Die drei Grössten, Ruag, Mowag und Oerlikon Contraves machen Umsätze in Milliardenhöhe. Branchenprimus Ruag hat zwar auch eine zivile Sparte, doch 2/3 des Umsatzes verdient Ruag mit militärischen Produkten. Neben Systemen und Komponenten für die militärische Luftfahrt baut der Konzern Handgranaten, Mörser sowie Luft-Boden-Raketen. Neben den «Grossen Drei» hält eine ganze Reihe von kleinen Unternehmen Nischen im Wehrgeschäft besetzt: Die Wavecom Elektronik in Bülach stellt Geräte für die elektronische Kriegsführung her. Die Vectronix in Heerbrugg SG produziert militärische Nachtsichtgeräte. Die Contraves-Tochter Ilee in Urdorf ZH fabriziert Ziellaser für Gewehre. Die Omnisec in Dällikon ZH gilt als Spezialist für militärische Verschlüsselungstechnik. Auch Ascom und Siemens Schweiz haben eigene Rüstungsabteilungen. Der Bereich «Civil and National Security» von Siemens entwickelt Produkte und Lösungen für die taktische Simulation. Als Zulieferer der Waffenkonzerne agieren die Hartchrom Defense Technology in Steinach SG, die u.a. Geschützrohre verchromt. Die Nitrochemie in Wimmis BE stellt Sprengstoffe her. Die Precicast in Novazzano TI und Jena Gally SA in Genf liefern Turbinenteile für Kampfflugzeuge. Colibrys in Neuenburg hat Sensoren für «Smart Bombs» entwickelt, und die Revue Thommen in Waldenburg BL fabriziert Cockpitinstrumente, die auch in Kampfflugzeugen eingebaut werden.

### Widerstand tut not

Diese Kriege und die kapitalistisch-patriarchalen Verhältnisse, die sie hervorbringen, müssen gestoppt werden. Die stetig wachsende Anzahl Teilnehmerinnen an der jährlichen Frauendemo in Zürich und die vermehrten Proteste verschiedener Gruppen zeigen, dass je länger je mehr Menschen nicht mehr gewillt sind, die herrschenden barbarischen Zustände widerstandslos hinzunehmen.

Organisieren wir uns gegen Krieg, Faschismus und Patriarchat.



Mehr als eine halbe Million Menschen am Women's March am 21.01.17

## Trumps Virtual Reality

**USA In der alternativen Realität ist der Kapitalist Donald Trump der Retter der ArbeiterInnenklasse. In der tatsächlichen Realität versammelt sich die ArbeiterInnenklasse auf den Strassen, um gegen ihn und seine Politik zu demonstrieren. Ein Bericht aus Washington**

(agkkz) Unter dem Motto "Disrupt J20" versammelten sich am Tag der Inauguration Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten zahlreiche Menschen in Washington, um die Amtseinführung zu stören. Obwohl der Staat über zehntausend Angehörige des US-Militärs, der Polizei sowie Reservisten der Nationalgarde aufbieten liess und über 200 Protestierende verhaftete, gelang es der Demonstration, eine Polizeisperre zu durchbrechen und einen Eingang zur Amtseinführungsfest zu blockieren.

Richard Spencer, der Führer der faschistischen Alt-Right und bekennender weisser Nationalist, wurde im Rahmen dieser Proteste von der Antifa angegriffen. Er war es, der kurz nach der Wahl Trumps vor versammelter Gefolgschaft «Heil Trump!» schrie, einen biologisch begründeten Rassismus vertritt, ethnische Säuberungen und rassische Segregation forderte. Mit Steve Bannon, von Trump zum Chefstrategen der Regierung ernannt, ist zudem ein führender Propagandist der Alt-Right ins Weisse Haus eingedrungen.

### Virtual Reality

Steve Bannon ist ehemaliger Vorsitzender von «Breitbart», einer Webseite, die er selber als Plattform der Alt-Right bezeichnet hat. «Breitbart News» ist ein rechtsnationalistisches Informationsportal, welches der Vermittlung eines rassistischen, islamophoben, antisemitischen Weltbilds – oder Verschwörungsideologie – dient. Dass es sich dabei oftmals um ausgemachten Schwachsinn handelt, verhindert nicht, dass Breitbart die nach CNN und New York Times meistbesuchte Newsseite der USA ist. Breitbart News' strategisches Ziel liegt darin, eine alternative - also virtuelle und erfundene - Realität zu vermitteln. Breitbarts alternative Realität besteht aus einer Welt, in der muslimische Flüchtlinge (von Breitbart als barbarische Extremisten dargestellt), ImmigrantInnen (von Breitbart als Kriminelle und Schmarotzer dargestellt), «linken» Medien, (bei Breitbart bezahlte) AktivistInnen und eine (bei Breitbart als von einem Juden beherrscht dargestellte) globale Elite versucht, die weissen Nationalstaaten zu destabilisieren. In dieser alternativen

Realität wird Trump – selbst Immobilienmakler und Milliardär – dann plötzlich zum Kämpfer gegen diese Elite, zum Retter der Nation vor einer angeblichen muslimischen Invasion. In dieser alternativen Realität ist es dann auch möglich, wissenschaftliche Tatsachen wie den Klimawandel zu leugnen, um dem Interesse der Ölindustrie gerecht zu werden, und den Abbau von Frauenrechten, Arbeitsrechten, Grundrechten, Bildung und Gesundheit als Wohl der Arbeitenden zu verkaufen. Da die Medien und Forschungsinstitute Teil des Establishments sind, wird eine Immunität gegenüber möglichen Fakten aufgebaut, was Trump dazu befähigt, jede Lüge aufzutischen, die ihn weiterbringt.

Schlussendlich ist die alternative Realität Ausdruck der Krise des Kapitalismus: Der ArbeiterInnenklasse kann nichts anderes als die blanke Lüge angeboten werden, um damit die Illusion einer Perspektive innerhalb des Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Trump kreiert subjektiv die Illusion einer Volksbewegung gegen «die da oben», um objektiv den Interessen der Konzerne, also «derjenigen da oben», zu dienen.

### Solidarität statt Spaltung

Donald Trump selbst ist weder Anhänger noch Leitfigur der Alt-Right, jedoch verfolgt er eine Taktik, die als «dog-whistle politics» bezeichnet wird: Was er sagt, wird in einem klassisch bürgerlichen Diskurs geäussert. Zugleich appelliert er mit seinem Dekret aber an die völkisch-rassistische «alternative Realität». Ein Beispiel dafür ist der nun zum zweiten Mal verordnete und nach massiven Protesten von Gerichten gestoppter Einreisestopp für Muslime aus bestimmten Staaten: Als «sicherheitspolitische Massnahme», wie das Dekret offiziell dargestellt wird, ergibt dieses wenig Sinn; in einer «alternativen Realität» sind Muslime jedoch nichts anderes als eine Gefahr, gegen die es sich zu verteidigen gilt; in dieser hat Trump gerade dazu beigetragen, diese Gefahr einzudämmen.

Trump ist in seinem Handeln rassistisch und vertritt einen aggressiven Imperialismus; Unterstützung erhält er von der im Verfall begriffenen Fraktionen des Kapitals. Offen faschistisch ist er jedoch noch nicht. Dies mag sich jedoch bei einer sich verschärfenden Krise ändern, und mit der «alternativen Realität» baut er sich ein potentiell wirkungsmächtiges Instrument dazu auf. Während sich Trumps reaktionäre Politik aus dem Versagen des Kapitalismus speist, eine Perspektive aufzuzeigen zu können, ist es an der realen Solidarität, dem Aufzeigen einer revolutionären Perspektive, an welcher die alternative "Realität" zu zerschellen ist.

# Lohnarbeit im Haushalt

**GESCHICHTE** Dienstpersonal war im 19. Jahrhundert nicht nur in Basel allgegenwärtig. Bis weit in die ArbeiterInnenklasse hinein wurden Mägde im Haushalt beschäftigt. Ein überraschend grosser Teil der Lohnabhängigen arbeitete in solchen Verhältnissen.

(agbs) Reproduktionsarbeit ist eine menschliche Notwendigkeit. Im Kapitalismus gilt diese Arbeit wenig, weil sie keinen Mehrwert produziert. Trotzdem wurde und wird diese Arbeit monetarisiert. Heute denken wir dabei an Putzfrauen oder an den per App bestellbaren Butler. Reproduktion ist zwar Privatsache, wird aber durch solche Auslagerungen wieder aus dem Privaten heraus gerissen. Arbeitende in dieser Branche sind vereinzelt und oft von Sozialleistungen abgeschnitten. Dieser Artikel widmet sich ArbeiterInnen, die im 19. Jahrhundert in privaten Haushalten tätig waren. Zur damaligen Zeit wurden solche Leute Mägde und Knechte genannt. Sie und ihre Arbeitsverhältnisse werden in der ländlichen Gesellschaft verortet, sie seien ein Überbleibsel feudaler Strukturen, das von allein verschwinden würde. Ein Blick auf Quellen aus den Städten des 19. Jahrhunderts zeigt, dass das nicht so war. Besonders im (Klein-)Gewerbe, aber auch von Arbeiterfamilien wurden Menschen, meist Frauen, angestellt, um die Reproduktionsarbeit zu bewältigen.

## Grosser Teil der Lohnabhängigen

Das 19. Jahrhundert weckt Assoziationen von Industrialisierung, von Arbeit in Fabriken und von der bürgerlichen Gesellschaft. Doch rund zwei Drittel der weiblichen Lohnabhängigen arbeiteten um die Mitte des Jahrhunderts im häuslichen Dienst. Diese Mägde erledigten hauptsächlich Hausarbeit. Sie standen der Herrschaft rund um die Uhr zur Verfügung.

Im Basel des 19. Jahrhunderts arbeiteten meist junge Frauen in solchen Verhältnissen. Die meisten von ihnen kamen vom Land, sehr häufig aus dem grenznahen Badischen und aus Württemberg. Für junge Städterinnen war Lohnarbeit in der Fabrik trotz der miserablen Bedingungen attraktiver, weil unabhängiger. Umgekehrt galten bei den städtischen Haushalten junge Frauen vom Land als zuverlässig und wenig aufmüpfig. Die Arbeit im Dienst sei die ideale Vorbereitung auf das spätere Leben als Hausfrau und Mutter, wurde postuliert. Für viele Frauen war der häusliche Dienst denn auch eine Phase in ihrem Leben, die mit einer Heirat und/oder Rückkehr in den Herkunftsort endete. Die wenigsten Menschen, gerade aus dem Proletariat, übten ihr Leben lang oder schon nur über mehrere Jahre dieselbe Tätigkeit aus. Dieselbe Person konnte mal als Magd, dann als Näherin oder Tagelöhnerin arbeiten.



Darstellungen von Dienstpersonal zeigen den Blick der Herrschaften. Hier zieht eine Magd die Kleider ihrer Herrin an.

## Gesetzlich geregelt

Dienstboten, damit waren auch Frauen gemeint, unterstanden einer eigenen Gesetzgebung. Schon im Mittelalter gab es eigene Kleiderordnungen, und die Arbeitsverhältnisse zwischen DienstbotInnen und Herrschaften waren gesetzlich geregelt. In Basel war das die Gesinde-Ordnung, ab 1851 die ausführlichere Dienstboten-Ordnung.

Darin wurde genau definiert, wer als Dienstbote diesem Gesetz unterstand. Selbständige wie Näherinnen, Wäscherinnen oder Tagelöhner gehörten nicht mehr dazu. Ebensowenig Lehrlinge oder Gesellen, die auch oft im selben Haushalt wohnten. Diese Gruppe durfte keine Aufgaben im Haushalt mehr erhalten, zugleich durften DienstbotInnen nicht mehr im Gewerbebetrieb arbeiten.

Kündigungsfristen wurden beidseitig auf 14 Tage festgelegt, in der Probezeit weniger. Das Personal hatte sich loyal, «willig» und diskret zu verhalten, Klatsch war verboten. DienstbotInnen mussten im Haushalt der Herrschaft wohnen und gepflegt werden, durften ausserhalb auch kein Eigentum aufbewahren. Stellenwechsel waren nur auf Einwilligung der vorherigen

Herrschaft erlaubt.

Auch die Herrschaften hatten gewisse Pflichten. Sie durften ihre Angestellten nicht vom Kirchenbesuch abhalten und hatten diesen zu fördern. (Das kam noch am nächsten an «Freizeit» heran.) Im Fall einer Krankheit mussten Herrschaften für Verpflegung und Pflege aufkommen, zumindest wenn die Krankheit nicht länger als 14 Tage andauerte. In Basel war ein Richter mit der Umsetzung dieser Gesetze beauftragt. In den allermeisten Fällen klagten die Angestellten. Der Richter bot ihnen eine Möglichkeit, die eigenen Interessen durchzusetzen. Die Fälle drehten sich meist um Geld, um einen nicht, zu wenig oder zu spät ausgezahlten Lohn. Dieser konnte gekürzt werden, wenn Eigentum der Herrschaft bei der Arbeit zu Bruch ging.

Häusliches Personal war mehrheitlich weiblich. Dies war wohl ein Faktor, warum der Dienstbotenrichter geschaffen wurde. Frauen waren im 19. Jahrhundert keine Rechtssubjekte. Die meist zugewanderten Mägde hatten aber keine männlichen Verwandten in der Nähe, die ihre rechtliche Vertretung hätten übernehmen können. Vor dem Dienstbotenrichter konnten Frauen ihre in der Dienstbotenordnung zugesicherten Rechte einfordern. Neben der Weiblichkeit verhinderte auch Abhängigkeit, dass Menschen als Rechtssubjekte anerkannt wurden. Auch nach der Französischen Revolution blieb nicht nur Frauen, sondern auch Dienstboten das Wahlrecht verwehrt.

## Lohnarbeit?

Die Arbeitsverhältnisse von Mägden lassen sich an einem konkreten Fall besonders schön aufzeigen. In den Protokollen des Dienstbotenrichters, die im Basler Staatsarchiv zugänglich sind, wurde die Klage einer Frau gegen einen Fabrikarbeiter festgehalten. Sie verlangte ihren Lohn, nachdem sie über mehrere Monate bei ihm gelebt und gearbeitet hatte. Er habe ihr versprochen, sie heiraten zu wollen. Diese Pläne hatten sich zerschlagen. In den Augen der Frau war ihre Arbeit nun nicht mehr im Verhältnis einer (zukünftigen) Ehefrau verrichtet worden, sondern im Rahmen eines (Lohn-)Arbeitsverhältnis. Der Richter sprach ihr den geforderten Lohn von einem Franken pro Woche zu.

Ein Franken Lohn pro Woche war der übliche Betrag. Zum Vergleich: Um 1850 lag der Tageslohn eines (männlichen) Textilarbeiters um Fr. 1.30, billiges Schwarzbrot kostete 45 Rappen pro Kilo, Bohnen 16 Rappen und Kartoffeln 9 Rappen. Eine vierköpfige Arbeiterfamilie musste im Jahr rund 80.- Franken für den Hauszins veranschlagen. Hausangestellte verdienten also wesentlich weniger als andere ArbeiterInnen. Im Gegensatz zu diesen mussten sie aber nicht finanziell für Unterkunft und Verpflegung aufkommen.



## Free Nekane!

Seit mehr als einem Jahr sitzt Nekane Txapartegi in Untersuchungshaft in Zürich. Grund dafür ist ein Auslieferungsgesuch des spanischen Staates. Nekane ist 2009 aus Spanien geflohen, um nicht ein weiteres Mal der Folter der spanischen Justizbehörden ausgesetzt zu werden. Denn nach ihrer ersten Verhaftung wurde sie vergewaltigt und schwer gefoltert.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat im März 2017 entschieden, Nekane Txapartegi nach Spanien auszuliefern. Angeblich sei die Vergewaltigung und die Folter nicht genügend erwiesen. Dies, obwohl es Berichte von einem Gefängnisarzt und einem Forensiker gibt, die die Spuren der Folter klar dokumentiert haben. Der Entscheid des BJ und die Begründung des Entscheids sind hirnrissig und zeugen von grösster Feigheit. Obwohl immer wieder dokumentiert wird, dass der spanische Staat Folter anwendet, will das BJ keine diplomatischen Turbulenzen auslösen und den Partner Spanien nicht vor den Kopf stossen.

Die angeblich universellen Menschenrechte gelten in dieser Frage eben doch weniger als gute wirtschaftliche und politische Beziehungen. Der Entscheid ist zu verurteilen, er erstaunt uns dennoch nicht. Weiter bleibt die Solidarität mit Nekane zentral. Sie ist unser Mittel gegen die Klassenjustiz, die Waffe in unseren Händen.

Freiheit für Nekane! Keine Auslieferung an den spanischen Staat!

Fortsetzung von Seite 1

Die Entwicklung einer revolutionären Perspektive und Praxis bedingt eine dialektische Auseinandersetzung über Form und Inhalt dieser Politik. Als Voraussetzung hierzu braucht es Einigkeit über die zu verfolgende strategische Zielsetzung. Erst danach ist es möglich, sich zu überlegen, welche einzelnen Schritte zur Umsetzung des strategischen Ziels nötig sind und wie diese Schritte mit welcher Taktik dem anvisierten Publikum vermittelt werden kann.

Es ist verständlich, dass solche Überlegungen in der täglichen politischen Arbeit angesichts der vielen praktischen Fragen, die es bei der Umsetzung einer Aktion zu lösen gilt, untergehen können. Die Taktik erhält in solchen Situationen oftmals ein zu starkes Gewicht und eine Aktion wird zu wenig in den Kontext des zu erreichenden strategischen Zieles gesetzt. Diese Schwierigkeiten sollten die Militanten jedoch nicht daran hindern, immer wieder die objektive und subjektive Situation der verschiedenen Klassen zu analysieren, strategische Zielsetzungen zu diskutieren, und das dialektische Verhältnis von Inhalt und Form zu berücksichtigen. Denn, wenn die Einschätzung der gesamten Lage und eine daraus abgeleitete Kampfstrategie nicht richtig ist, können auch die einzelnen durchgeführten Aktionen und die einzelnen Kampfmethoden nicht effizient sein.

Im Verlauf einer Diskussion können Meinungsverschiedenheiten über ein konkretes Thema entstehen, die man zunächst als taktisch begreift. Bei solchen Auseinandersetzungen kann es sich herausstellen, dass gewichtige unterschiedliche Positionen in Fragen der Taktik auf grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Strategie beruhen, d.h. in der Einschätzung, welches die grundlegenden Aufgaben unserer derzeitigen historischen Phase des revolutionären Prozesses ist, sei es in Bezug auf die Analyse der gegenwärtigen Situation oder in Bezug auf die strategische Antwort darauf.

**Entwicklung einer revolutionären Praxis**

Die Frage, wie eine revolutionäre Praxis heute aussehen soll, lässt sich somit nicht abstrakt, sondern nur in Verbindung mit der Frage beantworten, welches unsere heutigen Aufgaben in der jetzigen Etappe des revolutionären Prozesses sind: Wodurch drückt sich die heutige Krise aus, was passiert auf der Erscheinungsebene und wo liegen die Veränderungen zur früheren Etappen, welche eine Anpassung der konkreten Zielsetzungen und die Anwendung anderer oder neuer Methoden und Formen erforderlich machen. Eine allgemeingültige Antwort hierzu gibt es nicht. Es braucht eine andauernde Auseinandersetzung zu diesen Fragen und eine permanente Reflektion der eigenen Praxis.

Unsere Situation lässt sich mit den gesellschaftlichen Umwälzungen vor hundert Jahren, als 1917 die russische Oktoberrevolution erfolgte, oder mit der Aufbruchstimmung, die 1968 herrschte, nicht vergleichen. In der Subversion, einer schweizerischen, politisch revolutionären Zeitschrift hiess es 1995, dass sich die revolutionäre Linke in der Schweiz anfangs der 90er Jahre in einem desolaten Zustand befunden habe. Die meisten der in den 70er und 80er Jahren entstandenen Organisationen und Gruppen hätten sich aufgelöst und Resignation und Perspektivlosigkeit habe sich vielerorts breit gemacht. Es war die Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der DDR. Es fand eine Schwächung eines fortschrittlichen Kerns im ant imperialistischen Kampf im Trikont statt und es erfolgte das vorläufige Ende der bewaffneten Strukturen der Stadtguerilla in Europa. Diese Faktoren prägen zusammen mit einer sich stetig verändernde Zusammensetzung der arbeitenden Klasse, welche eine massive Differenzierung in den subjektiven Erfahrungen der einzelnen Klassensegmente mit sich bringt, die politische Realität seit den 90er Jahren. Die revolutionäre Linke in Europa befindet sich in einer Defensive, weshalb sich auch die grundlegenden Aufgaben revolutionärer Kräfte gewandelt haben. Ein revolutionärer Prozess führt nicht linear hin zum Umsturz, sondern er erfährt Grenzen und Rückschläge, die es einzuschätzen und zu verstehen gilt, damit die revolutionäre Spur weiter verfolgt werden kann.

Und wie könnte ein Vorschlag eines gegenwärtigen revolutionären Prozesses aussehen? Im Zentrum kann bei der derzeitigen Entwicklung nicht die Frage stehen, was im Sozialismus oder Kommunismus konkret anders zu ordnen wäre, sondern insbesondere die Frage der Methode, mit der ein revolutionärer Prozess entwickelt und verstanden werden kann.

**Einheiten suchen, ohne Differenzen zu negieren**

Als Ausgangspunkt ist daran festzuhalten, dass trotz der vielen Grabreden hierzu, das Ende der Klassenkämpfe nicht erreicht ist. Es zeigt sich lediglich,



Widerstand gegen das G8 in Genua 2001.

dass der revolutionäre Prozess eine generationenübergreifende Sache ist und einen langen Atem voraussetzt. Ohne Klassenposition, ohne ein Bruchverhältnis zum Reformismus und Revisionismus und ohne die Ablehnung des Gewalt- und Machtmonopols des bürgerlichen Staates lässt sich keine revolutionäre Politik betreiben.

Die grundlegende Aufgabe der derzeitigen Etappe eines revolutionären Prozesses könnte so begriffen werden, dass es darum geht, auf unsere eigenen Kräfte vertrauend, in politischer, organisatorischer und ideologischer Hinsicht im Kleinen aufzubauen, was im Grossen zum Ausdruck kommen soll. Im Zentrum steht nicht die Spaltung, sondern die Sammlung der revolutionären Kräfte und die Erarbeitung von Methoden, welche es erlauben, eine gemeinsame Praxis zu entwickeln, umzusetzen und zu reflektieren, ohne sich bei jedem auftauchenden Problem spalten zu müssen. In einer Etappe der Defensive erscheint es wesentlich, die Einheiten und nicht die Differenzen im gemeinsamen revolutionären Kampf ins Zentrum zu rücken sowie national und international Erfahrungen zu sammeln und zu bündeln, ohne die politischen Differenzen zu negieren.

Eine derartige Stossrichtung wird nicht nur in der Schweiz debattiert. Inge Viett erklärte 2011 an der Rosa-Luxemburg-Konferenz, dass in Deutschland zusammenfassende Strukturen fehlten, die das Sammelsurium an Kämpfen zu einer sozialistischen Systemalternative verbinden könnten. Anarchistische GenossInnen in Griechenland wie etwas Nikos Maziotis vom revolutionären Kampf analysierten, dass das Fehlen einer gemeinsamen Strategie in der revolutionären Bewegung die Hauptursache dafür gewesen sei, dass sich aus der revolutionären Situation in Griechenland keine revolutionäre Krise entwickelte und reformistische Projekte gestärkt worden seien, die ihre Versprechen nicht eingehalten haben.

**Differenzierte Realitäten als Herausforderung**

Es gehört dabei zu den heutigen Herausforderungen, dass die ArbeiterInnenklasse sehr differenziert geworden ist. Wenn auch die Ursachen des Klassenkampfes dieselben sind wie früher, sehen die Klassenkämpfe als Folge der Prozesse der Deindustrialisierung, Tertialisierung und der anstehenden Digitalisierung und Automatisierung anders aus. Die Aufhebung der ideologischen Spaltung innerhalb der Klasse, in der gemeinsame Interessen durch verschiedene Lebensrealitäten und vermeintliche Unterschiede kaschiert werden, fällt schwerer, als in Zeiten der Oktoberrevolution 1917. Die Politisierung von derjenigen, die sich revolutionär organisieren, geschieht heute selten über den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es sind Themen wie Rassismus oder Sexismus, die globalen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus oder die Fragen der staatlichen Repression, welche bewegen. Es ist richtig und wichtig, dass man sich gegen die Barbarei des Kapitalismus wehrt, welche Form dieser Widerstand auch immer annimmt. Aber ein politischer Kampf, der sich nur gegen etwas richtet und nicht für etwas kämpft, wird keine nachhaltige politische Perspektive entwickeln können.

Ein anderer Faktor, den es zu bewältigen gibt, ist der Umstand, dass KommunistInnen heute in einer

Etappe für eine revolutionäre Perspektive kämpfen, in der ein Umsturz des Kapitalismus aufgrund seiner Krise zwar notwendiger denn je ist, die Möglichkeit desselben für eine Mehrheit des potentiellen revolutionären Subjekts aber sehr abstrakt wirkt und schwer vermittelbar scheint.

Daher gehört es heute zu den zentralen Elementen eines revolutionären Prozesses, Kämpfe gegen ein Projekt oder gegen ein Thema aktiv in den Kampf für ein Element des revolutionären Prozesses einzubetten, so klein der Schritt auch sein mag.

**Auf nach Hamburg**

Eine Theorie steht und fällt mit ihrer Umsetzung in der Praxis, wo sie erprobt, verifiziert und weiterentwickelt werden kann, sei es etwa am 1. Mai oder am 8. März, sei es in einem Arbeitskampf, an einer Aktion gegen die Rechte oder die herrschende Klasse. Auch die kommenden Proteste gegen den G20 - Gipfel in Hamburg lassen sich in eine Gesamtstrategie einbinden, wo die verschiedensten revolutionären Kräfte auf der Strasse ihre Politik zum Ausdruck bringen und ihren Beitrag gegen die Perspektivlosigkeit des Kapitalismus und die ihr entspringende Reaktion leisten können. Das Missverhältnis zwischen der Notwendigkeit einer Revolution und der Schwäche der realen subjektiven revolutionären Kräfte und der Aufschwung nationalistischer, religiöser oder faschistischer Strömungen mit den Entwicklungen in Erdogans Türkei, Trumps USA oder Le Pens Frankreich, machen den revolutionären Kampf nicht einfacher, aber umso wichtiger. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen können nicht ignoriert werden, und für die revolutionären Kräfte ist es wesentlich, gemeinsam Erfahrungen zu sammeln, wie eine politische Offensive gestaltet und in die eigenen revolutionäre Perspektive eingebettet werden kann.



# G20 vor dem Ende?

**WELTWIRTSCHAFT Am 7. und 8. Juli wird in Hamburg der G20-Gipfel stattfinden. Vor welchen Problemen die G20 stehen, zeigt sich im Ringen um ein Bekenntnis zum Freihandel.**

(az) Vom 17. bis 18. März trafen sich im deutschen Baden-Baden die G20-Finanzminister zu ihrem jährlichen Vorbereitungstreffen. Mit Spannung erwartet wurde das Verhalten der neuen US-Regierung, die sogleich auf Konfrontationskurs ging. So intervenierte die amerikanische Delegation erfolgreich, als die G20-FinanzministerInnen auf Drängen Deutschlands und Japans hin eine Erklärung für die Beibehaltung bisher geltender Standards im Bereich Freihandel und Klimaschutz veröffentlichten wollten. Weil man auf Seiten der anderen Wirtschaftsmächte den Konflikt beim ersten Treffen nicht eskalieren lassen wollte, entschied man sich, den entsprechenden Passus aus der Abschlusserklärung zu streichen. Dennoch weint man dem Bekenntnis zum Freihandel nach. «Wir brauchen es. Es ist der Daseinszweck der G20», bekundete EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici im Anschluss an das Treffen. Falsch liegt er damit nicht, denn ohne den Kampf gegen wirtschaftlichen Protektionismus verlieren die G20 ihre in den letzten zehn Jahren erhaltene Bedeutung.

## Was sind die G20?

Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (19 Staaten und die Europäische Union) ist ein informeller Zusammenschluss, der seit 1999 besteht. Einmal jährlich treffen sich die Regierungschefs zusammen mit ihren FinanzministerInnen und den VertreterInnen der Zentralbanken mit den globalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds oder der Europäischen Zentralbank.

### Freihandel oder nicht

In der Regel enden G20-Gipfeltreffen mit einer gemeinsamen und wortreichen Erklärung, in der die teilnehmenden Staaten bekunden, für freien Handel und mehr Wirtschaftswachstum einstehen zu wollen. Dies sind mehr als leere Worte. Der G20 gewann nach der Finanzkrise von 2008 an Bedeutung, weil der Freihandel und die internationalen Märkte als globale Krisenlösung betrachtet wurden: Statt dass sich die führenden Wirtschaftsländer infolge der fehlenden Profite in einen Protektionismus stürzen, sollten offene Märkte das globale Wirtschaftswachstum ankurbeln. Entsprechend einig war man sich bei den führenden Wirtschaftsmächten über internationale Handelsverträge und Abkommen. Insbesondere die amerikanische Vorgängerregierung stärkte dieses Credo, war es doch gerade Obama, der neue Freihandelsabkommen wie TISA mit allen diplomatischen Mitteln durchzusetzen versuchte.

Unter Trump steht dieses gemeinsame Interesse auf der Kippe. Nach dem gescheiterten Finanzministertreffen liess Deutschland allerdings verlauten, das Bekenntnis zum Freihandel im Juli in der gemeinsamen Erklärung des offiziellen G20-Gipfels nachholen zu wollen. Doch der US-Finanzminister Steven Mnuchin erklärte noch in Baden-Baden, dass obwohl er zum Freihandel stehe, die USA diesen nicht unter jeder Bedingung akzeptieren werde. Später beschwichtigten zwar alle beteiligten Kräfte, dass man sich eigentlich einig sei und die Differenzen lediglich die Wortwahl betreffen, allerdings verbergen sich im Konflikt um die Abschlusserklärung zentrale innerimperialistische Widersprüche. Die europäischen Wirtschaftsmächte fürchten, dass die USA mit ihrem Abschottungskurs die eigene Wirtschaft auf Kosten der Partnerstaaten stärken will. Die USA un-



In Berlin wird mobilisiert.

ter Trump wiederum sehen das grundlegende Problem der stagnierenden US-Wirtschaft im Ungleichgewicht der Handelsbilanzen. Trump beschuldigt deswegen vor allem Deutschland und China zu stark von der gegenwärtigen Situation zu profitieren.

### Trumps Drohungen

Ende März behauptete Trump in einer Rede, dass die USA seit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) 60'000 Fabriken verloren habe. Mit entsprechend wenig Wohlwollen wird die WTO aktuell von der amerikanischen Regierung behandelt. Trump kündigte gar mehrfach an, die Beschlüsse der WTO künftig zu ignorieren, wenn diese dem Interesse der USA zuwiderlaufen – das Interesse der USA ist hier synonym zum Interesse des amerikanischen Kapitals zu verstehen. Vor dieser Ankündigung fürchteten sich China wie auch die europäischen G20-Staaten. Es ist nicht so, dass die europäische oder die chinesische Bourgeoisie der Devise, dass Profit über Regulierungsmechanismen steht, besonders skeptisch gegenüberstehen würde, allerdings ist man in Europa und China gegenwärtig der Auffassung, dass internationale Abmachungen den eigenen Profit erhöhen und entsprechend eingehalten werden müssen.

Mit welchen Bandagen der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten trotz rhetorischer Beschwichtigung heute schon ausgetragen wird, zeigt sich in Deutschlands Reaktion auf Trumps Ankündigung, dass deutsche Autohersteller Strafzölle von bis zu 35 Prozent zu zahlen hätten, wenn sie ihre Produktionsanlagen in Mexiko statt in den USA errichten würden. Die deutsche Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) liess einen Tag vor dem FinanzministerInnen-treffen verlauten, dass Deutschland notfalls bei der WTO gegen einen solchen Entscheid klagen würde. Sowohl Strafzölle als auch der Gang vor internationale Gerichte kämen einer rasanten Intensivierung des Wirtschaftskonfliktes zwischen Deutschland und den USA gleich, auf beiden Seiten handelt es sich allerdings erst um Drohungen, die alles andere als zwingend eintreffen müssen.

### Eine neue Epoche?

Ob also mit der amerikanischen Haltung tatsächlich «die Ära des Freihandels beendet» ist, wie die konservative Zeitung Die WELT nach dem Finanzministertreffen in einem Leitartikel meinte, lässt sich nach wie vor nicht bestätigen. Tatsächlich schlägt man seitens der USA harte Töne an, droht immer wieder von neuem und am Treffen in Baden-Baden wurden die Widersprüche zwischen Deutschland und den USA strapaziert. Gleichzeitig scheint es so, dass weder die USA noch Deutschland oder die auf derselben Seite stehenden

## Schweiz und G20

Gemessen am BIP müsste die Schweiz am G20-Treffen teilnehmen, allerdings wurde sie bisher nicht dazu eingeladen. Involviert ist sie dennoch. 2016 hat die Schweiz auf Einladung Chinas, vertreten durch SVP-Finanzminister Ueli Maurer und SNB-Direktor Thomas Jordan, am vorbereiteten Finanzministertreffen teilgenommen. Auch in diesem Jahr nahm sie mit ihren beiden Vertretern am Vorbereitungstreffen teil, allerdings unter anderen Vorzeichen. Die Einladung Chinas wurde vor allem als Geste des guten Willens verstanden, nachdem die Schweiz zuvor mit etlichen Handels- und Finanzdelegationen für bessere Investitionsmöglichkeiten für das Schweizer Kapital weibelte. Am diesjährigen Vorbereitungstreffen durfte die Schweiz vor allem deswegen teilnehmen, weil sie sich zusammen mit dem Veranstalter Deutschland für offene Märkte und einen freien Kapitalverkehr aussprach.

globalen Finanzinstitutionen den Konflikt zuspitzen möchten. In Deutschland ist man betont bemüht, einen Ausgleich mit dem NATO-Partner zu finden und der IWF liess verlauten, dass man der amerikanischen Regierung erst einmal Zeit geben will, sich auf internationalem Parkett zurechtzufinden. Und die USA? Die amerikanische Regierung kritisiert zwar die europäische Wirtschaftspolitik, und man nimmt die EU und insbesondere Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten wahr, mehr als wortreich Ankündigungen lassen sich aber bisher nicht ausmachen.

Einiges wichtiger für die Regierung der USA unter Trump scheint allerdings der Konflikt mit China. Zwar blieb auch der angekündigte Strafzoll auf den Import chinesischer Produkte bisher aus, doch wie die aktuellen Verhandlungen mit Taiwan um einen milliarden-schweren Waffendeal oder das Tauziehen um den chinesischen Inselbesitz im südchinesischen Meer zeigen, misst man dem Konflikt mit China nicht nur ökonomische Bedeutung bei. Rascher als im amerikanischen Verhältnis zu Europa droht hier der ökonomische Widerspruch in einen politischen Schlagabtausch umzuschlagen. Entsprechend beängstigend, weil tatsächlich realistisch, sind die Worte von Trumps Chefstrategie Steve Bannon, der 2016 in einem Radio-Interview vermutete, dass sich die USA «in spätestens fünf bis zehn Jahren» im Krieg mit China befinden werden. Dann hätten wir es gegenwärtig tatsächlich mit einem Wandel einer historischen Ära zu tun: Vom Nachkriegskapitalismus wären wir wieder zum Vorkriegskapitalismus vorgestossen.

# G20: Was ist an Widerstand geplant?

**Allgemeine Infos:** Der G20-Gipfel wird vom 7.-8. Juli auf dem zentral gelegenen Hamburger Messegelände stattfinden. Zur Absicherung des Tagungsortes wird die Polizei rund um das Messegelände und die Innenstadt eine rote Zone errichten, zu der man nur mit Ausweis Zugang findet. Auch ausserhalb dieser Zone wird mit einem grossen Aufgebot zu rechnen sein. Davor soll man sich aber nicht abschrecken lassen: Wir werden viele sein und Hamburg ist eine Grossstadt mit zahlreichen Strassen und Zugangswegen, auf denen man sich trotz Polizeiaufgebot bewegen werden kann.

**Anreise und Übernachtung:** In Hamburg wird es ein Camp geben. Aus der Schweiz gibt es die Möglichkeit,

kollektiv und günstig von Mittwoch bis Sonntag nach Hamburg zu reisen. Für Infos hierzu sprich uns an oder wende dich an [info@aufbau.org](mailto:info@aufbau.org)

**Montag-Mittwoch:** Zu Beginn der Woche sind verschiedene Aktionstage zu Themen wie Militarismus, Migration, Arbeitskämpfe oder Aufwertung geplant.

**Donnerstag:** Unter dem Motto „G20 – Welcome to hell“ findet am Abend eine antikapitalistische Demo statt. Vom Fischmarkt aus will die Demo in Richtung rote Zone ziehen. Gelingt dies nicht oder wird die Demo frühzeitig aufgelöst, werden auf der Strasse angemessene Antworten zu finden sein.

**Freitag:** Es gilt die Zufahrtswege zum Versammlungsort zu blockieren. Während die wichtigen PolitikerInnen der G20-Staaten innerhalb der roten Zone übernachten, müssen andere Staatsangestellte von ausserhalb anreisen. Das ist eine reale Chance das Gipfeltreffen in seinem Ablauf zu stören. Am Nachmittag gibt es die Initiative, Teile des Hafens zu besetzen und zu blockieren.

**Samstag:** Am letzten Protesttag findet unter dem Titel „G20 – not welcome“ die Grossdemonstration statt. Ob sich die Demo aus verschiedenen Fingern zusammensetzt, die sich am Ende treffen, oder ob sie aus einem grossen Umzug besteht, ist aktuell noch nicht klar.

# Dynamik kommt auf

**FRAUENKAMPFTAG Weltweit und in Zürich gehen wieder mehr Frauen auf die Strasse, um gegen die aktuellen Angriffe von Rechts und für Emanzipation zu demonstrieren.**

(fk) Die diesjährige revolutionäre Frauenkampftag-Demo in Zürich am 11.03.2017 war gross. Dies war sogar dem Telezüri-Journalist aufgefallen. Er konstatierte, die Demo sei von «einem überschaubaren Grüppli» in anderen Jahren zu einer Demo von 1500 Frauen geworden, darunter auffallend vielen jungen Frauen. Die Demo war wie immer kämpferisch, unbewilligt und thematisierte die verschiedenen aktuellen Bereiche des Frauenkampfes.

Passend zur diesjährigen Bündnisparole «Frauen, organisieren wir uns gegen Faschismus, Krieg und Patriarchat!» wurde am Paradeplatz die UBS mit Farbe markiert, sowie der Bullenposten an der Militärstrasse mit Farbe eingedeckt als Antwort auf die Repression gegen die Demo am 8. März. Denn dieses Jahr gab es wieder einmal eine Abend-Demo am 8. März selber. Rund 250 Frauen zogen lautstark und militant durch den Kreis 4 und die Europaallee, bis sie an der Lagerstrasse von der Polizei drei Stunden eingekesselt wurden. Weiter fand am 18.3. in Zürich der sogenannte «Women's March» mit rund 17 000 Personen statt! Dazu aufgerufen hatte ein breites reformistisches Bündnis, dementsprechend heterogen waren die Forderungen. Nichtsdestotrotz muss festgehalten werden: So viele Frauen waren wohl seit dem Frauenstreiktag 1991 nicht mehr auf der Strasse, und für eine junge Frauengeneration waren das vielleicht die ersten Erfahrungen mit Widerstand auf der Strasse. Kurz: Es war ein heisser und frauenkämpferischer März in Zürich!

## Und international?

Nicht nur in Zürich, sondern auch international regt sich vermehrt Widerstand gegen die reaktionären Angriffe auf Frauenrechte sowie Arbeits- und Lebensbedingungen proletarischer Frauen. Ein Beispiel ist der «International Womens Strike». Obwohl es vor allem ein Phänomen der «social media» ist, so ist es doch der Versuch, weltweit reale Frauenkämpfe zu verknüpfen und gemeinsam eine internationale Solidarität aufzubauen. Die Idee eines Frauenstreikes geht zurück auf den Frauenstreik in Island 1975. Damals streikten zu Hause und am Lohn-Arbeitsplatz rund 90% aller Frauen, um auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen aufmerksam zu machen. Nach dem Vorbild



revolutionäre Frauenkampfdemo, am 11. März 2017 in der Lamgstrasse in Zürich

dieses Streikes organisierten die Frauen in Polen letzten Oktober ebenfalls einen Frauenstreik, der unter dem Namen «Schwarzer Montag» in die Geschichte einging. Grund für den Streik war der Versuch der rechtskonservativen, erzkatholischen Regierung, die Abtreibung praktisch vollständig zu verbieten. Das neue Abtreibungsgesetz wäre das rigideste in ganz Europa gewesen, doch aufgrund der massiven Mobilisierung an diesem Frauenstreik krebste die Regierung zurück und hat die Pläne vorerst auf Eis gelegt.

Gleichzeitig entstand am anderen Ende der Welt in Argentinien im gleichen Monat unter der Parole «Ni una menos» («Nicht eine weniger») eine Bewegung gegen die zunehmende Gewalt an Frauen, insbesondere gegen die Frauenmorde. Zehntausende gingen auf die Strassen und am 19. Oktober kam es ebenfalls zu einem nationalen Frauenstreik, nachdem eine 16-jährige unter Drogen vergewaltigt und anschliessend ermordet wurde.

Dann war da noch die riesige Mobilisierung in den USA im Januar, als am Tag der Amtseinführung von Präsident Trump Hunderttausende gegen die sexistische und rassistische Politik demonstrierten. Auch dort spielten Themen wie Sexismus eine zentrale Rolle und die Frauen waren massgeblich an der Mobilisierung beteiligt.

## Was tun? Kämpfe verbinden

Aus all diesen Kämpfen entstand die Idee eines gemeinsamen Frauenstreik-Tages. Die Aktivistinnen dieser Kämpfe vernetzten sich weltweit, so dass am 8. März 2017 in mehr als 50 Ländern Aktionen, Demos und Streiks stattfanden unter dem gemeinsamen Aufruf «International Womens Strike – Solidarität ist unsere Waffe». Es ist schwer zu sagen, ob der Aufruf effektiv mehr Aktionen hervorgerufen hat oder ob er einfach die verschiedenen Prostete über die nationalen Grenzen hinaus verbunden hat. Bemerkenswert ist, dass der Aufruf von Streik spricht und sich in dieser Tradition sieht. Wenn Frauen ihre Arbeit verweigern wird klar, dass Geschlechterverhältnisse Produktionsverhältnisse sind. Wenn die weiblichen Arbeitskräfte fehlen und beispielsweise man(n) zu Hause die Kinder betreuen muss, offenbart sich, wie zentral die oft unsichtbare und nicht oder schlecht bezahlte Frauenarbeit fürs Kapital ist. Wird also ein Frauenstreik flächendeckend umgesetzt – wie damals in Island 1975 – ist der ökonomische Druck auf die Herrschenden so gross, dass Frauen nicht mehr ignoriert werden können. Auch wenn der internationale Frauenstreik am 8. März 2017 eher symbolischen Charakter hatte, so ist er doch ein Zeichen dafür, dass die Frauenbewegungen weltweit erstarken und dass es erneute Versuche gibt, die verschiedenen Kämpfe international zu verbinden – wie es bereits vor rund 100 Jahren die proletarische Frauenbewegung tat.

# Privatisierung auf Raten

**LIBERALISMUS Das Gesundheitswesen steht unter enormem Kostendruck und die bürgerlichen Politiker suchen händeringend nach Lösungen. Allheilmittel aus ihrer Sicht ist die Privatisierung. Aktuell betroffen sind die Kantonalen Kliniken in Winterthur. Doch es steckt mehr dahinter als der altbekannte Sozialabbau in Zeiten der Krise. Es handelt sich um eine sogenannte produktive Umgestaltung des Gesundheitswesens**

(raw) Das Kantonsspital Winterthur (KSW) ist eines der zehn grössten Spitäler der Schweiz und im Grossraum Winterthur ein wichtiger Faktor in der gesundheitlichen Erstversorgung. Beinahe 3'000 MitarbeiterInnen behandeln dort im Jahr über 180'000 PatientInnen. Ebenso kümmert sich an verschiedenen Orten in der Region Winterthur die Integrierte Psychiatrie Winterthur (IPW) pro Jahr um 3'000 PatientInnen und deckt so die psychiatrische Grundversorgung im Raum östlich von Zürich ab. Betrieben wurden diese Einrichtungen lange Zeit durch den Kanton Zürich, der die Defizite deckte und bei betrieblichen Entscheidungen mitredete. Im Zuge der allgemeinen Liberalisierung wurde im Jahre 2007 das KSW in eine «selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt» umgewandelt. Der Regierungsrat versprach sich davon eine Entflechtung der kantonalen Verwaltung und mehr unternehmerischen Spielraum für das Spital. Das Begehren wurde an der Urne angenommen, auch dank der stetigen Beteuerungen, dies sei kein Schritt in Richtung Privatisierung. Dass diese Aussage nur eine Farce war und dass die beliebte Salamatik auch beim Privatisieren angewendet wird, zeigt sich heute überdeutlich.

So steht Ende Mai eine kantonale Abstimmung an, um das KSW und die IPW in eine privat-rechtliche

Aktiengesellschaft umzuwandeln. Der Kanton soll zwar eine Aktienmehrheit behalten, jedoch nur mit einer Garantie auf wenige Jahre. Danach steht dem Verkauf an Private nichts mehr im Weg. Zur Abstimmung kommt es aufgrund eines Referendums der parlamentarischen Linken. Die anderen Parteien unterstützen die Privatisierungspläne des Regierungsrats mehrheitlich.

Warum geschehen diese Privatisierungsschritte im Gesundheitsbereich? Diese Angriffe sind sicherlich als Teil der Antwort des Kapitals auf die Krise zu verstehen, als Sozialabbau und Lohndrückerei für den Profit. Aber in der aktuellen Situation im Gesundheitswesen kommt noch ein weiterer Aspekt dazu. Als eine der grössten Branchen in der Schweiz ist das Gesundheitswesen von wichtiger Bedeutung für die Volkswirtschaft. Durch die angestrebten Privatisierungen und die fortschreitende Technologisierung präsentiert sich dem Kapital hier ein enormer Wachstumsmarkt.

## Gewinnoptimierung

Damit das Kapital diesen Bereich erobern kann, muss der Staat zurückgedrängt und die Regulierung so verändert werden, dass Konkurrenz und Profite winken. Immer schon gab es mit dem medizinisch-industriellen Komplex, zu dem die Pharmaindustrie und die medizinischen Gerätehersteller zählen, eine gewichtige kapitalistische Industrie im Gesundheitswesen. Mit den aktuellen Veränderungen geraten nun die Spitäler als ganze Institution ins Blickfeld des Kapitals. Für die Umgestaltung wurden die Rahmenbedingungen der Krankenhäuser verändert. Die entscheidende Revision war die Fallkostenpauschale, die 2012 in der Schweiz eingeführt wurde. Mit ihr wurde die Tagespauschale im stationären Bereich durch eine Fallpauschale ersetzt. Das bedeutet, dass nicht die effektive Leistung des Spitals bezahlt wird, sondern eine durchschnittliche Pauschale pro Krankheitsfall. Das ermöglicht es dem Spital, Profit zu erwirtschaften.

Zweitens wurden die öffentlichen und privaten Spitäler gleichgestellt. Auf nächstes Jahr hin wird diese Fallkostenpauschale auch im psychiatrischen Bereich angewendet.

Die Folgen dieser Fallkostenpauschalen sieht man bereits in unseren Nachbarländer. Gewinnbringende, komplexe und technisch aufwändige Eingriffe werden forciert. Gleichzeitig sinkt der Personalbestand und bei der unproduktiven Betreuungs- und Pflegezeit wird gespart. Noch extremer wird dies wohl in Zukunft in der psychiatrischen Versorgung zu sehen sein. Oft gehen PatientInnen in Notsituationen in Behandlung, teils gar gegen ihren Willen. Die Konkurrenz unter den Kliniken kommt hier also gar nicht zum Spiel. Ebenso lassen sich psychische Erkrankungen kaum in ein Schema pressen. Sie mit den Fallkostenpauschalen zu bewerten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Gewinnbringende Behandlungen sind in der Psychiatrie, abgesehen von der Luxus Burnout- oder Entzugsklinik, beinahe nicht möglich. VerliererInnen dieser Entwicklung sind die Arbeitenden im Gesundheitssektor und die PatientInnen, kurz: Die ArbeiterInnenklasse. So heisst es ständig, das Spitalpersonal solle gefälligst schneller arbeiten und bei den PatientInnen ist die «Selbstverantwortung» das Wunderwort. Prämien werden laufend erhöht und zugleich wird versucht, den obligatorischen Leistungskatalog der Krankenkassen zu kürzen.

Wo solche Angriffe stattfinden, ist Widerstand vorprogrammiert. In letzter Zeit häufen sich die Arbeitskämpfe im Gesundheitsbereich. Stimmen werden laut, die nicht gewillt sind, als geschliffenes Rädchen diese produktive Umgestaltung fürs Kapital kampflös zu ermöglichen. Denn, die Umgestaltung bringt auch eine Produktionsmacht im Gesundheitswesen hervor, von der wir hoffen, dass sie sich in Zukunft dem Kapital mit Streiks und Kämpfen entgegenstellen wird.

# Das Tablet ist politisch

**DIGITALISIERUNG Die Einführung von Tablets im öffentlichen Verkehr ist nicht nur eine technische Frage. Sie ist denn auch in Berlin, in Basel und in Zürich auf Widerstand gestossen.**

(az) Am 10. März liess die Führung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) verlauten, sie habe endlich eine Einigung im Schlichtungsverfahren um den kommenden Tarifvertrag mit der Deutschen Bahn errungen. Noch im Dezember hatte die GDL-Führung die Verhandlungen für gescheitert erklärt und läutete eine Mediation durch eine Schlichtungskommission ein. Ein Verfahren, das schon mal angewandt wurde und sich wohl durchsetzen wird. Es ist zu erwarten, dass das komplett hinter verschlossenen Türen ausgehandelte Ergebnis auch gegenüber der Basis durchgesetzt wird. Abseits des öffentlichen Fokus um solche grossen Tarifeinigungen, schwelt aber bei der S-Bahn Berlin ein anderer Konflikt, nämlich der, um die Einführung von Tablets in den Führerständen. Und das ist kein Zufall. Denn die Frage der Digitalisierung hat auch im städtischen Verkehr in Basel und in Zürich zu Arbeitskonflikten geführt. Grund genug, einen Blick auf dieses Konfliktfeld zu werfen.

## Digitalisierung: Ein trojanisches Pferd

Während auf Bundesebene der GDL-Tarifvertrag verhandelt wurde, entwickelte sich auf regionaler Ebene bei der kämpferischsten Sektion der GDL – nämlich bei der S-Bahn Berlin – ein Widerstand gegen eine Betriebsvereinbarung. Die Geschäftsleitung wollte für 1100 LokomotivführerInnen Tablets einführen. Damit sollen Schichtpläne und Einsatzinformationen digitalisiert kommuniziert werden und auf Papier verzichtet werden. Eine Massnahme, die auf den ersten Blick Sinn macht. Es wäre jedoch naiv zu denken, es ginge hier darum, den Angestellten Arbeit abzunehmen. Aus Sicht des Managements geht es um das Vorantreiben des enterprise resource planning, also darum, Ressourcen zeitlich und räumlich exakter zu planen, um die Rentabilität und Arbeitsdichte zu erhöhen.

Und unter Ressourcen ist im öffentlichen Verkehr neben den Fahrzeugen natürlich vor allem die Arbeitskraft gemeint. Es geht darum, dass die FahrerInnen zur richtigen Zeit am richtigen Ort eingesetzt werden. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Digitalisierung der Dienstpläne und hier liegt der Hund begraben. Den ArbeiterInnen werden digitalisierte Dienstpläne gerne als bessere Lösung verkauft, um Wunschdiensten gerecht zu werden. Die Praxis zeigt aber, dass es für die Unternehmen enorm schwer ist, einen Logarithmus zu finden, der die komplexen Schichteingaben und –wünsche zusammenrechnet. Was in so einem Logarithmus – also einer Rechenformel – zum Ausdruck kommt, ist denn auch eigentlich der aktuelle Stand der umkämpften Arbeitsbedingungen. Die Einführung digitaler Dienstpläne geht deshalb implizit einher mit der Forderung nach flexibleren Arbeitsverträgen und weniger gesetzlichen oder tariflichen Einschränkungen.

## Co-Management bei der S-Bahn Berlin

Und weil sich auch in der Digitalisierung die Kräfteverhältnissen im Betrieb widerspiegeln, ist die Einführung von Tablets bei der S-Bahn Berlin auch umkämpft. Ein offener Brief eines anonymen GDL Lokführers bringt die Arbeitsverdichtung, die mit der Digitalisierung einhergehen würde, klar auf den Punkt. Er legt offen, dass das Management die Kosten für die Tablets reinholen will, indem die Vorbereitungszeiten für die Schichten gestrichen werden sollen. Bisher bereiten die LokführerInnen ihre Schicht auf Arbeitszeit vor. In Zukunft wird erwartet, dass die LokführerInnen ihre Schichtpläne dann in den Pausen – also gratis – vorbereiten und das macht ungerecht bezahlte 21 Stunden pro Jahr aus. Und trotz gegenteiliger Beteuerungen des Managements zeigen interne Informationen, dass die Meldestellen, an welcher alle Lokführer einer Region jeweils vor Dienstantritt zusammenkommen, geschlossen werden sollen. Mit dem Tablet lässt sich also Stellenabbau betreiben. Nicht umsonst will das Management deshalb zuerst eine Betriebsvereinbarung über die Arbeitszeiten unter Dach und Fach bringen und dann erst eine Vereinbarung über die Tablet-Einführung verhandeln. Der anonyme Lokführer vermutet hier ein taktisches Manöver, das die Tablet-Einführung als reine technische Angelegenheit verschleierte.

Der Konflikt hat sich mittlerweile auch auf den Betriebsrat ausgeweitet. Dieser – bestehend aus fünf gewählten VertreterInnen der verschiedenen Gewerkschaften – ging mit einem klaren Mandat von der Basis, die Streichung der betrieblichen Vorbereitungszeiten



nicht zu akzeptieren, in die Verhandlungen mit dem Management. Das Management wiederum behauptete, dieses Traktandum sei nicht Gegenstand der Verhandlungen, worauf vier Betriebsratsmitglieder einknickten und ihre Rolle als Co-Manager offenlegten. Es bleibt also nur ein Betriebsrat-Kollege der GDL übrig, welcher weiterhin konsequent die Forderungen der Basis vertritt. Obwohl auch diese Verhandlungen hinter geschlossenen Türen stattfinden sollten, wurde der Verrat der vier Betriebsratsmitglieder geleakt und die Information ging per Whats-App-Nachricht wie ein Lauffeuer bei den LokführerInnen herum. Inzwischen hat die Information auch bundesweit bei LokführerInnen die Runde gemacht und viele stärken dem konsequent gebliebenen Betriebsrat der GDL den Rücken. Denn die Haltung ist klar: Ein Betriebsrat hat keine Berechtigung mehr, wenn er statt des Mandats der LokführerInnen umgekehrt die Bedürfnisse des Managements gegenüber den ArbeiterInnen vertritt. Natürlich reagierte der verräterische Rest-„Betriebsrat“ mit Beschimpfungen und Drohungen. Dafür steht die GDL-Sektion der S-Bahn Berlin jedoch hinter ihrem Betriebsrat und vermag dies auch gegenüber der bundesweiten GDL-Führung durchzusetzen. Und gegen die Einführung der Tablets werden mittlerweile Flyer und Kleber unter den LokführerInnen ausgetauscht.

## Kampf um Zeitpauschalen bei der VBZ

Es ist zentral, technische Neuerungen wie die Einführung von Tablets als betriebspolitische Frage zu betrachten, die eben auch Gegenstand eines Betriebsrats ist. Dass diese technische Neuerung eben auch eine Frage des Mehrwerts ist – also eine Frage der Ausbeutung und damit eine Verhandlungsfrage – zeigt sich

auch darin, dass sie auch an anderen Orten im öffentlichen Dienst zu Konflikten führt. Schon in unserer Sonderzeitung zur Sparherbst 2016 hat ein Kollege der Energiewerke der Stadt Zürich (EWZ) vor der Überwachungsgefahr durch die Einführung der Tablets gewarnt und kurzerhand geraten, diese ab und zu herunterfallen zu lassen, um die Einführung zu sabotieren. 2015 stiess die einseitige Einführung von Tablets bei 1300 FahrerInnen der Stadtzürcher Verkehrsbetriebe (VBZ) auf Widerstand. Die VPOD-Betriebsgruppe erkannte schnell, dass die Geschäftsleitung mit der Einführung der Tablets auch den Anspruch erhob, dass die FahrerInnen in ihrer Freizeit oder in ihren Pausen die kommenden Schichten vorbereiteten. So sollten die 2-minütigen Zeitpauschalen pro Tag für das Lesen von dienstlichen Informationen gestrichen werden. Wenn es auch nur um 2 Minuten pro Tag geht – um die ansonsten ja auch über jede Rauchpause hart verhandelt werden muss –, verstand die Betriebsgruppe den prinzipiellen Charakter dieses Digitalisierungsschrittes in Richtung Verlagerung von Arbeitsinhalten in die Freizeit hinein. Die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung führten immerhin zu einer Revision und dazu, dass die Tablets nur auf individueller und freiwilliger Basis bezogen werden müssen. Falls sich herausstellen würde, dass bis Ende letzten Jahres mehr als zwei Drittel dieses Angebot angenommen hat, sieht sich die Betriebsgruppe aber gezwungen die allgemeine Einführung zu akzeptieren.

## BVB: Der Feldweibel aus Zürich

Mehr öffentliches Aufsehen erregte 2013 die Einführung von Tablets und des Individuellen Dienstplans (IDP) im Zuge der Skandale bei der Basler Verkehrsbetriebe (BVB). Die ganze Clique um Direktor Jürg Baumgartner hatte sich damals die Hände verbrannt. Baumgartner musste im Dezember 2013 seinen Posten räumen, nachdem er weiblichen Angestellten anzügliche Fotos per Handy geschickt hatte. Sein Vizedirektor Franz Brunner wurde ein Jahr später unter Korruptionsverdacht gefeuert, weil er ohne Ausschreibungen millionenschwere Aufträge über Jahre hinweg an IT-Firmen vergab und auf Dienstreisen zu IT-Unternehmen im Rotlicht-Milieu landete. Und die unprofessionelle Nähe zur IT-Unternehmen könnte auch der Grund gewesen sein, weshalb die Einführung von Tablets damals in einem Desaster endete. Die Leiterin des Bereichs Betrieb – Béatrice Thomet – hatte die ganze Belegschaft gegen sich aufgebracht, indem sie das „papierlose“ Verkehrskonzept per Tablets und die Digitalisierung der Dienstpläne überstürzt einführen wollte. Dies sollte eine bessere Planung und schnellere und direktere Kommunikation mit den Angestellten ermöglichen. Damit wurde aber das bisherige Belohnungssystem für dienstältere FahrerInnen faktisch abgeschafft und FahrerInnen, die sowohl Busse als auch Trams fahren, wurden benachteiligt. Und Schichten wurden vom Programm vermehrt mit langen statt kurzen Pausen eingeplant. Schliesslich verursachte Umstellung auf Computer und eine fehlerhafte Software auch noch einen enormen Mehraufwand für die Angestellten. Und noch desaströser war die Einführung von 700 Tablets. Zwar wurden gedruckte Dienst- und Routenpläne abgeschafft. Doch die versprochenen Tablets wurden viel zu spät eingeführt. So wurden die Depots überannt, weil die FahrerInnen dort auf viel zu wenigen Druckern die Dienstpläne ausdrucken mussten. Und auch hier war danach nicht geregelt, wie viel Zeit die FahrerInnen aufschreiben konnten für die Wegzeiten hin zum entsprechenden Tram oder Bus oder das Lesen der dienstlichen Informationen auf den Tablets. Béatrice Thomet wurde aber auch sonst zum Feind bei den Angestellten. In ihr verband sich stupider Modernisierungsfetisch mit autoritärem Gehabe. Zuvor sorgte sie schon bei der VBZ für Unruhe. Ihr Wechsel zur BVB wurde bei VBZ-ArbeiterInnen „einer Legende nach, mit Korkenknall bejubelt. Sie verdiente sich dort den Übernamen „Feldweibel“. Und so wollte sie auch bei der BVB Neuerungen einführen wie die Kontrolle der Sockenfarben oder das Verbot, im Führerstand Radio zu hören. Die Belegschaft der BVB wehrte sich erfolgreich gegen diese Schikanen. Und auch die Einführung der Tablets musste auf ein Pilotprojekt zurückgestuft werden. Schliesslich kostete dies dem Feldweibel Thomet den Kopf.

Wie jede technische Neuerung bei der Arbeit – im Kapitalismus, also unter Ausbeutungs- und Kapitalwertungsbedingungen – so sind auch die Einführung von Tablets und die Digitalisierung von Dienstplänen etwas Widersprüchliches. Und so betonen die Unternehmer, dass deren Einführung den individuellen Interessen der ArbeiterInnen zugutekommt, während sie eigentlich aber an der Arbeitsverdichtung schrauben. In der gewerkschaftlichen Arbeit gilt es deshalb, diese Fragen politisch zu verstehen, das heisst als Arbeitskampf.

# CLAUDE SEMPRE PRESENTE!

**ERINNERUNG Am 12. März 2017 in den frühen Morgenstunden ist Claude Hentz verstorben. Claude war ein solidarischer Rechtsanwalt, der verschiedene GenossInnen vor den Schranken der Justiz unterstützte. Seit der 80er Bewegung war er in Zürich in der Widerstandsbewegung unterwegs, wurde durch diese politisiert und so blieb er seiner klaren politischen Position bis zuletzt treu.**

(agw) Claude wurde im Jahr 1956 in St. Paul, Minnesota, geboren. Sein Vater war Österreicher und seine Mutter wuchs im Tessin auf. In seiner frühen Kindheit zog er nach Europa, wo er mit seiner Familie in Basel, Lausanne, Wien und zuletzt in Zürich lebte. In seiner Jugend absolvierte Claude die Matura, lebte schon früh in einer Kommune und interessierte sich für neue Formen des Zusammenlebens. Nach seinem Schulabschluss arbeitete er als Hauslehrer in der Familie eines Rechtsanwalts, nebenbei erledigte er Putzarbeiten und hütete die Kinder. Bei dieser Arbeit kam er zum ersten Mal mit der Juristerei in Kontakt. Durch gemeinsame Wohn- und Arbeitsprojekte lernte er später das linke Anwaltskollektiv in Zürich kennen und begann dort 1980 als Sekretär zu arbeiten.

Claude war in der bewegten Zeit der achtziger Jahre als Bindeglied zwischen dem Anwaltskollektiv und der Bewegung auf der Strasse tätig. So lernte er früh, die Interessen der politischen Widerstandsbewegung vor der Klassenjustiz zu vertreten. Durch seine politische Überzeugung ist ihm das natürlich auch leicht gefallen.

Claude war immer zur Stelle wenn man ihn brauchte. So konnte er zum Beispiel in die Bresche springen, wenn andere Anwälte die politische Linie einer Prozessführung nicht anerkannten. Er ging immer auf die Interessen der GenossInnen ein und unterstützte diese im Kampf gegen die Schergen der Klassenjustiz. Mit seiner Art war Claude auch eine grosse Stütze wenn man an einem Gerichtsprozess antraben musste. An seiner Seite fühlte man sich nie alleine und unvergessen bleiben seine Plädoyers: Er verstand es hervorragend die politische Linie mit den juristischen Finessen zu verbinden. Seine Plädoyers brachte er stets mit einer zum Teil humorvollen aber gestochen scharfen



Claude

Art vor. Dabei platzierte er nur zu gerne kleine Seitenhiebe gegen die Staatsanwaltschaft.

Nach 10 Jahren fuhr Claude für ein halbes Jahr nach Südamerika, um seinen Kopf durchzulüften. Bei seiner Auszeit entschloss er sich, das Jus-Studium nachzuholen und damit das Anwaltspatent zu erwerben. Dies machte er im Eilverfahren, was so heute wohl nicht mehr möglich ist. Dabei kam ihm seine enorme Erfahrung immer wieder zu Gute und ermöglichte ihm, Defizite zu kompensieren. Seither war Claude als Anwalt tätig. Sein Arbeitsumfeld und Ort wechselte mehrmals, seine Konstante war die politische Linie.

Claude hatte bei verschiedenen grossen Fällen seine Finger im Spiel. So zum Beispiel gegen die drei anarchistischen GenossInnen Silvia, Billy und Costa. Diese wurden vor einem versuchten Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der IBM, das sich noch im Bau befand, verhaftet. Claude sorgte dafür, dass die enormen Forderungen der Bundesanwaltschaft auf ein Minimum reduziert wurden. Im gleichen Fall wollte der italienische Staat ebenfalls einen Prozess führen. Diesen liess Claude, trotz fehlendem Mandat in Italien, gekonnt platzen.

Claude leistete eine hervorragende Arbeit. Wie er dies auf seine ganz eigene Art tat, darüber liessen sich unzählige Anekdoten erzählen. Der oben genannte Fall in Italien zeigt, wie flexibel und spontan, aber auch chaotisch er war. Freilich konnte diese Eigenschaft manch eine/r seiner Klienten – und so manchen Staatsanwalt – auch fast zur Verzweiflung bringen. Doch gerade diese Art, das heisst die chaotische Arbeit, die am Ende doch immer zielführend war,

machte Claude aus. Dafür haben wir ihn geschätzt, als Anwalt aber auch als Menschen.

Unvergessen bleibt Claudes spitzbübisches Lächeln, wenn er mal wieder einen Sieg über die Klassenjustiz errungen hat. Genau so bleibt uns Claude in Erinnerung und wird in unseren Gedanken weiterleben.



Graffiti für Claude am Letten in Zürich

# «Steine sind keine Argumente. Sie sind Versuche, uns in der Sprache zu artikulieren, die sie verstehen.»

**HÄUSERKAMPF** Nach der Räumung der «Effy 29» und den darauffolgenden Strassenkämpfen haben wir uns mit einem Teil des Effy-Kollektivs getroffen und uns über Hausbesetzungen, Stadtentwicklung und Militanz unterhalten.

(agj) «Als wir die Effy 29 am 5. Dezember mit einer grossen Gruppe besetzten, ging es uns vorerst um Wohnraum. Einige von uns mussten aus einem besetzten Haus raus, weil es geräumt werden sollte. So suchten wir weiter eine solidarische Form des Zusammenlebens sowie die Möglichkeit, durch den erkämpften Raum neue Projekte umzusetzen und Forderungen zu stellen. Klar nehmen wir uns dadurch das Privileg raus, nicht systemkonform zu funktionieren und lehnen die heutigen Mietverhältnisse ab.» Es sei Konsens, so die BesetzerInnen, kein Geld bezahlen zu wollen und so nicht den Besitzenden weiter die Kassen zu füllen. «Dazu kommt, dass man einen Vollzeitjob braucht, wenn wir eine Miete bezahlen müssten, was uns die Zeit stiehlt, Projekte umzusetzen, die uns wichtig sind. Als Lohnsklave bleibt nebenbei nur wenig Spielraum für Aktivismus, Kunst oder halt all die Sachen, die sich nicht kommerziell verwerten lassen. Will man seinen Interessen folgen, setzt das voraus, dass man die Zeit dafür hat.»

Da das Kollektiv es ablehnt, nach den Regeln des Kapitals zu spielen, besetzten sie eine leerstehende Liegenschaft des Bundesamt für Logistik. Durch Hausbesetzungen werden die Eigentumsverhältnisse praktisch in Frage gestellt, doch sind sich die BesetzerInnen bewusst, dass sie sich lediglich eine Nische schaffen oder einen Kompromiss eingehen. Trotz Besetzung bleibt der Besitzer des Hauses der Besitzer. «Durch diesen Kompromiss haben wir die Möglichkeit, jene Dinge voranzutreiben, welche wir als nötig empfinden und die meist subersiv sind. Wir klauen dem System Zeit und nutzen sie für uns und unseren Kampf.» Klar ist gratis wohnen was Feines, aber in erster Linie geht es darum, über sich und sein Leben selber zu bestimmen.

## Mehr als nur ein Dach über dem Kopf

Nach der Besetzung der Effy taten sie einiges mehr, als sich nur häuslich einzurichten. Sofort wurden Texte und Broschüren geschrieben, inhaltliche Videos gedreht und mit Veranstaltungen, einer Demonstration und Transparenten am Haus machte man auf politische Themen wie die Stadtentwicklung und Wohnungsnot aufmerksam. «Wir haben versucht, die Leute mit unseren Inhalten zu erreichen und mit ihnen unsere Gedanken zu teilen. Das führt insofern in einen Konflikt, da man möglichst viele Leute einbinden möchte, das Haus aber auch Wohnraum für uns darstellt. Es entstehen interessante, wenn auch nicht immer einfache Fragen. Wie gestaltet man einen unkommerziellen ‚rechtsfreien Raum‘? Was heisst das, was duldet man, und wie geht man mit Konflikten um? Dazu kam, dass der Bund als Hausbesitzer von Beginn an mit der Räumung drohte. Bis zur eigentlichen Räumung dauerte es dann eine Weile, weil der Bund versuchte, uns mittels Gerichtsbeschlüssen aus dem Haus zu kriegen. Als es da um das Eigentum und den Besitz ging, war es klar, dass das Gericht nicht unsere Seite stützen würde.»

Trotz negativen Gerichtsentscheiden und verschiedenen Räumungsandrohungen hielt das Kollektiv daran fest, dass man im Haus bleibt und weiter an den eigenen Plänen arbeitet. «Dadurch gab es erneut Aufmerksamkeit. Leute aus dem Quartier kamen vorbei, wir diskutierten, informierten und konnten so unsere Inhalte erklären.» Das Effy-Kollektiv trat via soziale Medien an die Öffentlichkeit und nutzte die Bühne, um mit dem Bund zu kommunizieren. «Wir merkten, dass sie nicht auf Verhandlungen eingehen wollten und die ganze Sache verdammt kompliziert wird. Da der Hausbesitzer in dem Fall der Staat ist, fanden wir es richtig, diese Auseinandersetzung weiter zu politisieren. Während es einerseits eine Wohnungsnot gibt, lässt andererseits der Staat Liegenschaften leer stehen. Dieser Leerstand ist absurd.» Heute, mehrere Wochen nach der Räumung des Hauses, steht es weiter leer. Der Bund plant dort neue Bürogebäude, während der hohe Bestand an leerstehenden Büroflächen in der Stadt Bern längst kein Geheimnis mehr ist.

Die Absurdität von Leerstand trotz Wohnungsnot ist für das Kollektiv ein Grund, wieso der Kampf für ein besetztes Haus zugleich ein Kampf gegen den Kapitalismus sein sollte. «Wenn wir durch die Stadt Bern laufen, sehen wir öffentliche Plätze, die aufgewertet wer-



Räumung der Effy 29: Die Polizei muss sich von vielseitigem Bewurf schützen.

den, sehen wir überall Baustellen, es entstehen neue Einkaufszentren, während dunkle Plätze verschwinden. Man versucht, einen neuen Stil zu etablieren, wo alles chic und überwacht ist. ArbeiterInnen müssen nicht mehr in der Innenstadt wohnen, öffentlicher Verkehr gibts ja nun genug. So soll in der Stadt nun wieder mehr Platz für finanzstarke Unternehmen und Reiche sein. Sie halten nicht einen Moment inne, bevor ein Haus umgebaut oder abgerissen wird. Angesichts ihres Baubooms kriegt man das Gefühl, wir hätten mehr als nur einen Planeten und unendliche Ressourcen zur Verfügung. Eigentlich sollte man einen der vielen Neubauten besetzen.»

## Das wahre Gesicht der Zwischennutzungen

Hausbesetzungen sind eine Form von Widerstand, zugleich gibt es oftmals mehr oder weniger explizite Spielregeln, nach denen sie ablaufen. In Zürich wurde als Reaktion auf die Erfahrungen in den 80er- und 90er-Jahren, während denen Besetzungen sehr offensiv verteidigt wurden und geräumte Häuser oftmals schlicht wieder besetzt wurden, durch die Stadt und die Stadtpolizei ein Merkblatt erstellt, welches diese Regeln festhält. Das Merkblatt umschreibt die Bedingungen, unter denen eine Hausbesetzung geduldet wird, sowie die Bedingungen, unter denen eine Besetzung geräumt wird. Das Merkblatt war ein Teil einer Befriedigungsstrategie, die zu einem gewissen Grad funktionierte.

Ein derartiges Merkblatt gibt es in Bern nicht, es gibt keine expliziten Spielregeln. Hausbesitzer können besetzte Liegenschaften jederzeit räumen lassen, es spielt keine Rolle, ob das Haus danach weiter leer steht oder nicht. Ein anderes Zürcher Exportprodukt scheint aber seinen Weg nach Bern zu finden, nämlich das Konzept der Zwischennutzungen. Zwischennutzungen sind temporäre Nutzungsvereinbarungen zwischen Hausbesitzern und -benutzerInnen, die offensiv als Mittel angepriesen werden, um Hausbesetzungen zu verhindern, und zugleich den Besitzern konstante Einnahmen versprechen, während ein leerstehendes oder besetztes Haus eben auch keine Mieteinnahmen bedeutet. Seit Richard Wolff von der Alternativen Liste in Zürich Bullenchef ist, steigt die Anzahl Zwischennutzungen inflationär.

Die Effy-BesetzerInnen haben eine klare Meinung zu Zwischennutzungen und für sie ist klar, dass sie sich nicht auf solche Spiele einlassen. «Die Thematik der Zwischennutzungen gibt es bei uns erst seit 2016. Sie versuchen so, politische Besetzungen anzugreifen, mögliche Besetzungen zu verhindern und den politischen Charakter der Hausbesetzung zu untergraben. Sie streben lukrative Zwischennutzungen an, die eigentlich einfach eine andere Form des Mietens darstellen. Es wird kaum kostenlose Zwischennutzungen geben, wo man nur Nebenkosten bezahlen muss, das ist eine Illusion. Viel mehr richtet sich das Projekt an das Kleingewerbe und die Gastronomie, die Profit generieren. Das ist für uns keine Alternative zur Hausbesetzung.»

## Die positive Wirkung von militantem Widerstand

Das Kollektiv der Effy musste also schnell einen Umgang damit finden, dass die Räumungsbedrohung sehr real war. Es war klar, dass man nicht ohne Widerstand aus dem Haus geht, schliesslich ging es nicht nur um das politische Projekt der «Effy 29», sondern auch um ihren Wohnraum. Aber das heisst nicht, dass von Anfang an klar war, was das genau heisst, schliesslich weiss der Staat ein enorm viel höheres Kräftepotential auf seiner Seite. «Das Ziel einer Verteidigung war nie, dass wir gegen sie im direkten Zweikampf gewinnen würden. Einerseits ging es uns darum, so weiterzumachen, wie wir mit der Besetzung im Dezember begonnen hatten. Auch mit all den möglichen Konsequenzen, die wir als Teil und mit der Bewegung hoffentlich auffangen können. Andererseits wollten wir zeigen, dass es möglich ist, sich nicht einschüchtern zu lassen. Wir waren im Haus bei der Räumung nicht viele, aber es war uns wichtig zu zeigen, dass es anders gehen kann und anders gehen muss. Aufstehen und kämpfen. Die Rechte, die wir in diesem Staat haben, wurden nicht geschenkt, sondern erkämpft. Und natürlich wollen die Herrschenden diese so weit wie möglich rückgängig machen, da gilt es dagegen zu halten. Der Staat hat am Tag der Räumung ja gezeigt, was sie alles aufstellen, wenn man sich quer stellt. Wer sich nicht verdrängen lässt, wird mit Gewalt bekämpft.» Beispiele solcher Machtdemonstrationen sind immer wieder zu beobachten. Doch Widerstand hat verschiedene Formen und Möglichkeiten, seinen Ausdruck zu finden und sich nicht abschrecken zu lassen. «Wahrscheinlich wollte der Staat an uns ein Exempel statuieren, die Menschen einschüchtern und demoralisieren. Dieser Schuss ging nach hinten los: Diverse Gruppen haben nach der Räumung begonnen, Häuser zu besetzen. Es gibt viele Leute mit einer ähnlichen Grundeinstellung wie wir, welche sich nicht einschüchtern zu lassen. Überhaupt: In Bern ist es sowieso hip, Rebell zu sein. Kann man sich einen schöneren Trend vorstellen?»

Nach der Räumung kam es zu militanten Aktionen, Demonstrationen und Strassenkämpfen. Für die BesetzerInnen ist klar, es wollten sich viele an ihrem Kampf beteiligen. Dies hat man an der Energie gemerkt, die danach sprudelte. «Das Beste war, dass sich 15 Minuten nach dem Beginn der Räumung vor dem Haus Leute sammelten, die sich solidarisierten und protestierten. Das gab uns im Haus enorm Kraft und motivierte uns.» Die bürgerlichen Medien hetzten gegen die Solidarität nach der Räumung, Politiker aller Parteien wollten sich gegenseitig darin übertrumpfen, den Widerstand als Ausdruck einer entpolitisierten gewaltgeilen Jugend zu sehen. Für die BesetzerInnen ist klar, dass die Räumung der «Effy 29» einen Einfluss auf künftige Besetzungen in Bern haben wird. «Den BesetzerInnen der Fabrikool wurde zugesichert, dass sie noch weiter bleiben können, nachdem es zuvor hiess, dass sie geräumt werden würden. Wir glauben, dass die Hausbesitzer sich von jetzt an gut überlegen, ob sie räumen wollen oder nicht. Wenn die Militanz nach der Räumung also Folgen hatte, dann keine negativen, sondern sehr positive!»

# Vom Gemeindesozialismus und reformistischen Allianzen

**WOHNEN Genossenschaftlicher Wohnungsbau gehört zu den Grundpfeilern einer sozialdemokratischen Stadtpolitik. Gerne werden Genossenschaften als Antwort auf Aufwertung und Verdrängung ins Feld geführt. Doch unter welchen Bedingungen entstanden Genossenschaften in Zürich? Was für eine Rolle übernehmen sie im heutigen Bauboom und können sie eine Perspektive bieten?**

(az) Rückblende: Gründungsversammlung der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) 1916 im Restaurant Strauss an der Langstrasse. Es tobt der erste Weltkrieg, in Zürich steigen die Lebenshaltungskosten bis über die Schmerzgrenze. Der Burgfrieden der imperialistischen Kriegstreiber bröckelt. In den folgenden Jahren wird in Zürich eine beispiellose Wohnungsnot aus- und in ganz Europa revolutionäre Zeiten anbrechen. Gerade einmal eine Handvoll Personen treffen sich zur Gründung der allgemeinen Baugenossenschaft, die unabhängig vom Berufsstand zugänglich sein soll. Die ABZ sollte später einmal die grösste Wohnbaugenossenschaft in Zürich werden. Die Genossenschaften sind damals ein neu entstehendes Rezept gegen die Wohnungsnot. Der Krieg hat die Baukosten explodieren lassen, der Bauprodukt bricht ein und die Stadt Zürich lässt als Gegenmassnahme ab 1917 städtische Siedlungen bauen. Doch dies reicht bei Weitem nicht aus. Vor dem städtischen Wohnungsnachweis bilden sich täglich Trauben von wohnungssuchenden Menschen. Die Stadt ist 1918 gezwungen, Obdachlose in Turnhallen und requirierten Büroräumlichkeiten unterzubringen.

Die Genossenschaften sind zu dieser Zeit ein Instrument der Selbsthilfe gegen die Wohnungsnot. Der Bau von Genossenschaftswohnungen wird ab 1919 vom Bund gefördert, nachdem er ein Jahr zuvor noch unter Eindruck des heraufziehenden Landesstreiks eine Förderung abgelehnt hatte. Ab 1923 übernimmt die Stadt Zürich die Förderung selbst, nachdem sie ihre Finanzen durch eine rigorose Sparkur saniert hatte. Doch wieso fördern Stadt und Bund Wohnbauträger, die einen linken Anstrich haben? Die Antwort liegt sicherlich in der Notlage der damaligen Zeit, aber auch in der relativen Autonomie der lokalen Machtverhältnisse (Föderalismus). Unter dem Eindruck der katastrophalen Wohnsituation und der revolutionären Unruhen war die Bourgeoisie zu Zugeständnissen bereit – zur gleichen Zeit wurden auch der 8-Stunden Tag eingeführt oder die Armen- und Altenhilfe ausgebaut. Doch die Zugeständnisse werden auch mit dem Kalkül der integrierenden Wirkung genossenschaftlichen Wohnens gemacht und sind Teil einer lokalen Klassenallianz zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum.

## Von der Errungenschaft zur Herrschaftsstrategie

Die Boomzeit der Wohnbaugenossenschaften liegt in den 1920er und 1930er Jahren. In der Zeit des „Roten Zürichs“ stellte die Sozialdemokratie sowohl im Gemeinderat (ab 1925) wie auch im Stadtrat (ab 1928) die absolute Mehrheit. Der Baumeister der sozialdemokratischen Wohnbaupolitik war Emil Klöti, der ab 1907 im Stadtrat wirkte und ab 1928 Stadtpräsident wurde. Unter seiner Führung arbeiteten sozialdemokratische und bürgerliche Politiker und Fachexperten im Alltag sachbezogen zusammen. Er schmiedete unter sozialdemokratischer Führung eine Klassenallianz, die auf kommunaler Ebene neben dem Wohnungsbau auch weitere soziale Institutionen wie die kommunale Altershilfe, die Arbeitslosenversicherung oder das Krankenkassen-Obligatorium einführte. Klöti knüpfte dabei natürlich nicht an revolutionäre Ideale an, sondern orientierte sich am pragmatisch verstandenen „Gemeindesozialismus“, der schon in der Vorkriegszeit beim reformistischen Teil der damals noch vereinten sozialdemokratischen Partei beliebt war.

In der Zürcher Prägung dieses Konzepts ging es darum, Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur zu tätigen und die im Zuge des genossenschaftlichen Booms und der Unruhen von 1918 erkämpften Vorteile zu sichern und auszubauen. Diese Stossrichtung ist auch heute Teil der reformistischen, sozialdemokratischen Stadtpolitik. Es gelang mit dieser Strategie, die Antagonismen zwischen den verschiedenen Klassen(fractionen) im Hinblick auf spezifische Entscheidungen und Themen wie Wohnbaupolitik oder soziale Sicherung temporär zu überwinden. Die lokalen Verhältnisse werden unter den Bedingungen der Konkurrenz von Städten gar zu Markenzeichen und Standortfaktoren und begünstigen Innovation, Investition und Konkurrenzfähigkeit. Soziale Errungenschaften ohne gesellschaftliche Perspektive sind folglich Teil einer kapitalistischen Regie-



Verdichtetes genossenschaftliches Bauen: Die Seebahnkolonie der Baugenossenschaft Eidgenössisches Personal

rungs- und Regulierungsstrategie.

Doch auch der reformistische Zugang kann die Grundwidersprüche nicht aufheben. Es gibt mehrere externe Faktoren, die die Aufrechterhaltung der lokalen Klassenallianz in Frage stellen. Einerseits stellt sich für alle Akteure, insbesondere aber für vergleichsweise mobile Kapitalfraktionen, auch heute die Option, die lokale Klassenallianz aufzukündigen und an einem andern Ort zu investieren. Ein Phänomen, das besonders in Krisenzeiten oder bei Entwertungstendenzen auftritt und die ReformistInnen laufend zu kapitalfreundlicher Stadtpolitik zwingt. Die Basis von verhältnismässig fortschrittlicher Sozialpolitik im Kapitalismus ist immer noch eine erfolgreiche kapitalistische Wirtschaft. Ein weiterer Faktor, der bisherige Allianzen in Frage stellen kann, sind grössere Investitions-, De-Investitions- oder Migrationsbewegungen. Die Annahme liegt nahe, dass wir uns seit dem Finanzcrash von 2008 in einem Investitionszyklus befinden, der den reformistischen Status quo in der Stadt Zürich durch massive Investitionen in Frage stellt. In dieser Situation versucht die herrschende Klassenallianz nach bekannten Rezepten zu reagieren und wiederum die Genossenschaften als Rezept gegen Wohnungsnot und Verdrängung ins Feld zu führen. Können die Genossenschaften also abermals Teil einer temporären Lösung für sich verschärfende Widersprüche sein?

## Noch sozial, aber nicht sozialistisch

Heute sind die Genossenschaften in Baulaune. In Friesenberg und in Altstetten werden in den nächsten fünf Jahren grössere Neubauten mit hunderten Wohnungen realisiert. In Schwamendingen wird praktisch der gesamte genossenschaftliche Wohnungsbestand von an die 2000 Wohnungen mit Ersatzneubauten erneuert. Die Genossenschaften reagieren damit auf die Wohnungsnot in Zürich und nehmen das Credo der „Verdichtung“ auf. Sie schreiben sich auf die Fahne: Wir vertreiben nicht. In der Tat fällt auf, dass sich Genossenschaften, die renovieren, um Ersatzlösungen bemühen. Wenn renoviert wird, erhalten GenossenschaftlerInnen Ersatzangebote. So weit, so gut. Doch auch wenn Genossenschaften renovieren steigt der Mietzins. Es geschieht dies zwar auf einem tiefen Preisniveau, doch auch hier sind Erhöhungen bis zu Verdoppelungen der Miete spürbar. Wenn eine 3-Zimmer Wohnung vor dem Neubau unter 900 Fr. kostete, so wird die Wohnung in einem Neubau ab 1600 Fr. vermietet. Das mag im Stadtzürcher Vergleich noch immer preisgünstig sein, doch dies dürfte für einkommensschwache Personen eine entscheidende Hürde darstellen. Die subventionierten Wohnungen können das abbremsen, aber nicht aufheben. Auch Genossenschaften bauen nach dem Rezept der sozialen Durchmischung. Während alte Genossenschaftssiedlungen von den Wohnungsgrundrissen relativ einheitlich und bescheiden gestaltet wurden, variieren die Wohnungsgrundrisse heute stärker. Das führt bei Neubauten dazu, dass vermehrt nach Bedürfnissen von gutqualifizierten Personen mit sozialem Anspruch gebaut wird. Auch die Entscheidung, ob renoviert oder ein Ersatzneubau angestrebt wird, misst sich an wirtschaftlichen Kriterien, die von professionellen Geschäftsstellen der Genossenschaften erhoben werden.

Damit soll nicht gesagt werden, dass Genossenschaften nicht vergleichsweise günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen oder gar treibende Akteure in Verdrängungsprozessen seien. Doch sie zeigen die Verstrickung in reale wirtschaftliche und politische Machtverhältnisse. Wenn die Generalversammlung einer Genossenschaft über Umbaupläne entscheiden muss, dann befindet sie sich in der Situation, über Prozesse zu entscheiden, die den Sachzwängen des Kapitalismus unterworfen sind. Unter diesen Umständen lassen sich keine Ideale verwirklichen oder gar gesellschaftliche Perspektiven entwickeln. In kritischen Entscheidungsprozessen wird das kleinere Übel gewählt.

Wenn also Genossenschaften von sozialdemokratischer Seite als Antwort gegen Aufwertung und Verdrängung ins Feld geführt werden, ist das der Versuch, mit gängigen Rezepten in einem veränderten Umfeld den eigenen sozialen Ansprüchen und Versprechen nachzuzurrennen. Die reformistischen Parteien befinden sich in der Lage, dass die Wirtschafts- und Standortpolitik, die sie in der Allianz mit Wirtschaft und Bürgertum selbst erfolgreich über Jahrzehnte betrieben haben, sich nun unter dem Investitionsdruck gegen ihre sozialen Ansprüche wendet. Im aktuellen Umfeld wirken Genossenschaften höchstens abfedernd, doch eine Perspektive gegen Aufwertung und Verdrängung lässt sich daraus nicht entwickeln. Es zeigt sich auch, dass es für die Sozialdemokratie schwieriger geworden ist, die geschmiedete bürgerliche Allianz aufrechtzuerhalten. Das sollten revolutionäre Kräfte gerade in der Sozial- und Stadtpolitik nutzen.

## Radio Widerspruch



Innen im roten Saalzug im Markt gibt die Sendung „Widerpruch“ zu hören. Die reformistische Radio-Station über den Äther (96.3) bzw. über Kabel (107.35) oder Internet (www.stad.tba.ch).

Zwischen 16:00 und 16:30 wird jeweils über die aktuelle politische Lage berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und eine Info-Station. Jeder der Sendung ab.

[www.widerpruch.ch](http://www.widerpruch.ch)

# „Die Alten werden immer älter...“

**RENTENREFORM Die Altersvorsorge 2020 wurde im März 2017 fertig durch das Parlament geschleift und liegt demnächst zur Abstimmung vor. Die Reform wird als unabwendbar bezeichnet – bezahlen müssen sie die Lohnabhängigen, Frauen sollen länger arbeiten.**

(az) Die Rente sei in Gefahr, wird gesagt. Im Zeitalter von (versuchten) Unternehmenssteuerreformen und Banken, die beispielsweise im Grossraum Zürich jahrelang keine Steuern zahlen, sind gemäss dem Bund ausgerechnet die Alten Schuld an der finanziellen Misere. Der Grund sei simpel: Sie werden immer älter. Was unter Zuhilfenahme des alltäglichen Verständnisses selbstverständlich sehr begrüssenswert wäre, wird im Kapitalismus zum Problem. Wer keinen Mehrwert (mehr) produzieren kann, gilt gemeinhin als Kostenfaktor. Dies auch dann, wenn man ein Leben lang gemalocht und in die AHV und Pensionskasse einbezahlt hat. In eine Pensionskasse, die einem zum Zwangssparen anhält und grundsätzlich abgeschafft gehören würde. Bereits im Aufbau Nummer 84 haben wir über die Rentenreform 2020 berichtet, welche nun im September 2017 zur Abstimmung kommen wird. Die Umsetzung dieser Reform war und ist für den Bundesrat heikel, gehen doch die AHV und die Pensionskassen im Gegensatz zu (anderen) Sozialwerken die gesamte Bevölkerung etwas an. Die Spaltung der Lohnabhängigen gestaltet sich schwerer als etwa bei der Invalidenversicherung; das kollektive Interesse an der AHV stellt in der Schweiz eine wichtige Bastion des Klassenbewusstseins dar. So ist es nicht verwunderlich, dass Verschlechterungen des Rentensystems an der Wahlurne schon mehrmals gescheitert sind. Unvergessen bleibt etwa die Abstimmung von 2010, als ein tieferer Pensionskassen-Umwandlungssatz abgelehnt wurde, wie auch AHV-Reformen, die bereits im Parlament gescheitert sind. An der Renten-Frage können sich alle bürgerlichen Kräfte von links bis rechts die Finger verbrennen. Auch die SVP-Basis hat in dieser Hinsicht oft eine andere Position als ihre stinkreichen Parlaments-VertreterInnen.

## Die SP orchestriert die Umsetzbarkeit der Reform

Wenn es für den Bund also um die konkrete Umsetzung von Rentenabbau geht, dann muss er taktisch geschickt vorgehen. Etwa mit Bundesrat Alain Berset von der SP: Er betonte seit mehreren Jahren die Unumkehrbarkeit einer offenbar rein technisch notwendigen Rentenanpassung. Schon 2014 sprach er am „Annual Dinner“ des liberalen Thinktanks „Avenir Suisse“ vor und warnte, dass das Rentenpaket nur als „ausgewogenes Gesamtpaket“ durchsetzbar sei. Übersetzt heisst dies, dass es Zugeständnisse an die lohnabhängige Bevölkerung benötigt, um sich das „Ja“ zu einer Reform an der Urne zu sichern. Er repräsentierte in dieser Hinsicht eine taktisch umsetzungsstarke Sozialdemokratie, welche sich in den letzten zwanzig Jahren in ganz Europa nie zu schade war, soziale Verschlechterungen gegen alle Widerstände (auch parteiintern) durchzusetzen. In der Schweiz war es seit den Neunzigerjahren stets die SP, die die Regierungsverantwortung für diese Verschlechterungen übernommen hatte.

Anders verhielten sich im Vorfeld die SVP und die FDP. Sie zeigten sich offensiver und befürworteten eine

## MERKE!

Verschiedene Zivis, gesehen am 11. März oder an der Mobilisierung gegen die SVP



Schon am 1. Mai 2014 aktuell- Strassentheater gegen Bertschens Rentenreform.

schärfere Reform mit Rentenalter 67, welche nun im Parlament vorerst abgelehnt wurde. Dies in der Hoffnung, dass das Wahlvolk im Herbst sowieso nach ihrer Geige tanzen und sich von den Untergangsszenarien der AHV einschüchtern lassen würde. Die Erfahrung besagt jedoch das Gegenteil.

Die realistischere Einschätzung hatte demnach die SP mit ihrem „ausgewogenen“ Gesamtpaket. Das Resultat daraus ist die nur scheinbar absurde Situation, dass Berset die Rentenreform gegen die stärksten rechtsbürgerlichen Parteien zugunsten der Umsetzbarkeit verteidigt. Eine Reform übrigens, die das Rentensystem bis 2030 sichern soll. Es ist also nichts vorhersehbarer, als dass der nächste Angriff kommt. Die Rentenreform dürfte letztlich sowieso zum Einfallstor für das Rentenalter 67 werden. Die Frage ist aber, wer dieses Tor öffnen will: Die SP tut dies derweil gerne und schafft damit längerfristig an der Akzeptanz gegenüber der Rentenaltererhöhung.

## Kampf innerhalb der reformistischen Linken

Innerhalb der reformistischen und gewerkschaftlichen Linken war diese Reform zunächst alles andere als unumstritten. Doch die linke Opposition gegen Bertschens Pläne konnte sich nicht durchsetzen gegen Stimmen wie Christiane Brunner, welche öffentlich propagierte, die Reform habe Vorteile für alle, auch für Frauen. Und auch ehemals verbal-radikale Juso-VertreterInnen zeigten sich plötzlich pragmatisch gesinnt. Das hat seine eigene Logik: Will die SP als fähige Regierungspartei im bürgerlichen Staat anerkannt sein, so muss sie „Verantwortung“ übernehmen, Mehrheiten schaffen und ihr fatales Rentenprojekt gegen alle Widerstände durchbohren.

Zurück zu den älter werdenden Alten: Angesichts des enormen Mehrwerts, den die lohnabhängige Bevölkerung in ihrer werktätigen Lebenszeit als Profit in die Taschen der Unternehmen zu schaufeln gezwungen

## Wesentliche Veränderungen der Rentenreform

### Verbesserungen für Lohnabhängige:

- Erhöhung für AHV-NeurentnerInnen um CHF 70 monatlich, für Ehepaare um CHF 226

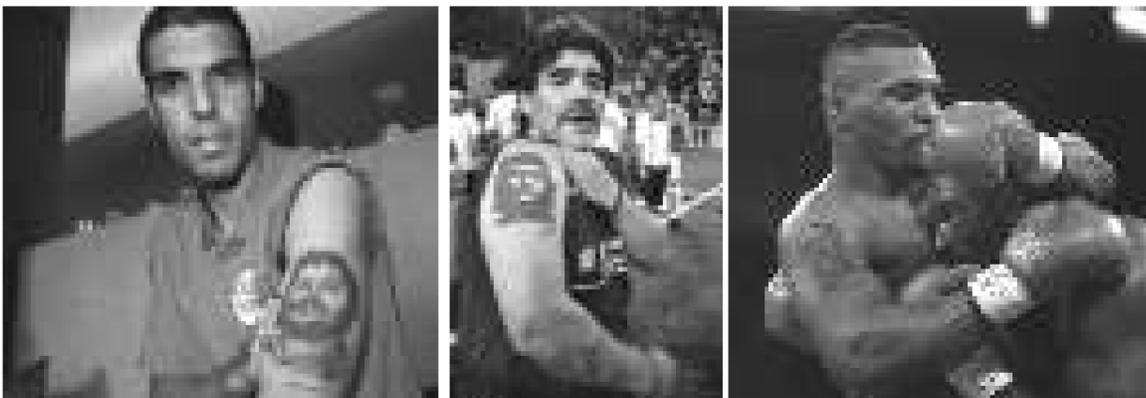
### Verschlechterungen für Lohnabhängige:

- Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65
- Senkung des Mindestumwandlungssatzes der Pensionskasse von 6,8% auf 6% (nach der Pensionierung wird dir jährlich nur noch 6% deines Pensionskassenkapitals ausbezahlt, eine Rentenkürzung von 12%)
- Mehrwertsteuer wird von 8% auf 8,6% angehoben
- Erhöhung der Lohnprozentante um 0,3% ab 2021

ist, muss prinzipiell nicht lange darüber diskutiert werden, dass die AHV von den UnternehmerInnen finanziert werden könnte. Das ist eine Frage des politischen Willens. Die vorliegende Reform geht aber alleine auf Kosten der lohnabhängigen Klasse, nämlich via längerer Arbeitszeit für Frauen, Lohnprozenten, und der unsozialen Mehrwertsteuer.

Die Gewerkschaften müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, zu wenig gegen diese fatale Rentenreform getan zu haben. Es ist offensichtlich, dass durch das gegenwärtige Taktieren die letzten Grundfesten einer Klassenpolitik zersetzt werden. Will die (reformistische) Linke aus der gegenwärtigen politischen Defensive wieder herauskommen, so muss sie sich strategische Gedanken machen: Etwa über eine Politik, die die gesamte lohnabhängige Klasse als Subjekt erfasst. Also über eine Politik, die die lohnabhängige Klasse stärkt und kollektive Klassenforderungen ermöglicht. Die AHV wäre gut veranlagt für eine solche Politik.





## Im Bild

Für SportliebhaberInnen mit unserem politischen Hintergrund ist es nicht immer einfach. Wir bewundern gerne die Fähigkeiten der Profis, nerven uns aber an der zur Schau gestellten Religiösität, zum Beispiel von Fussballern. Nun, Symbole und Rituale können im Sport tatsächlich einen psychologischen Nutzen haben und es verwundert nicht, dass die Religion mit ihrer tiefen Verankerung in allen Gesellschaften leider oft erste Wahl ist. Dass es auch anders geht zeigen Diego Armando Maradona, Mike Tyson, Fabio Celestini und Mike Towell. Sie alle sind stolze Träger von Ernesto Guevara Tattoos - notabene in einer Zeit, in der sich junge Leute mit ihrem Körper der Postmoderne hingeben und sich sinnlos irgendwelche Alltagsgegenstände unter die Haut stechen lassen. Die Box-Legende Mike Tyson leistet sich übrigens neben Che auch noch ein Mao-Konterfrei. Wird das Motiv bald zum Klassiker in der Tattoo-Szene?

Maradona war als Fussballer um einiges erfolgreicher als Fabio Celestini. Dass dieser aber - als Kapitän von Olympique Marseille (sic!) - in der Schweizer Nationalmannschaft auf eher wenig Einsätze kam, lag vielleicht auch daran, dass der damalige Trainer ein SVP-Anhänger war.

Dem Boxer Mike Towell widmen wir hier die letzten Zeilen. Der ehemalige Gerüstbauer hatte keine fetten Geldgeber im Rücken und finanzierte sich sein Training mittels Fundraising im Internet. Er verstarb letztes Jahr nach einem verlorenen Kampf in Glasgow. Mike Tyson und Ernesto Guevara waren seine Vorbilder. Mike presente!

## Wir begrüßen Marco in der Freiheit!

Rund 25 Jahre sass der Anarchist Marco Camenisch ununterbrochen im Knast, zuerst in Italien und seit April 2002 in der Schweiz. Marco wurde im Januar 1981 zu 10 Jahren Knast verurteilt, nachdem er im Kampf gegen die AKW-Lobby einen Hochspannungsmasten hochgehen liess. Im Dezember 1981 brach er aus dem Knast aus und tauchte für 10 Jahre in Italien unter, wo er seinen Kampf fortsetzte. Im November 1991 wurde er in Italien verhaftet und wegen Sprengstoffdelikten und einer Schiesserei bei seiner Verhaftung zu 12 Jahren Knast verurteilt. Nach seiner Auslieferung in die Schweiz im Jahr 2002 wurde er vor dem Geschworenengericht in Zürich in einem Indizienprozess für den Tod eines Grenzwächters verantwortlich gemacht und zu weiteren 8 Jahren verurteilt. Im Knast setzte er seinen politischen Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse fort, war Teil der sozialen und politischen Kämpfe der

politischen Gefangenen, ging mehrfach in den Hungerstreik, und blieb präsender Teil des politischen Widerstands ausserhalb der Knastmauern. Marcos Kampf gegen die Bedingungen im Knast und die Solidarität der Kräfte, welche seit Jahren die Freilassung von Marco und anderer politischer Gefangenen forderten und immer wieder Knastspaziergänge organisierten, hat nun ein gutes Ende gefunden. Marco wurde Anfangs März 2017 endlich aus dem Knast freigelassen. Erfolgreich hat er den Versuchen der Justiz, ihn in ihre Maschinerie zu integrieren und dem militanten Kampf abzuschwören, stand gehalten. Er liess sich trotz der langen Zeit im Knast weder brechen, noch von seiner politischen Linie abbringen. Marco, wir begrüßen dich, ausserhalb der Knastmauern und solidarisieren uns mit den politischen Gefangenen, wie Nekane Txapartegi, die ihren Kampf hinter den Mauern weiterführen!



## Solidarität ist gefragt!

Am Samstag, den 25. März 2017, nahmen in Bern mehrere tausend DemonstrantInnen an der Anti-Erdogan Demonstration teil. Nun hat die Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland ein Strafverfahren gegen Unbekannt wegen öffentlichen Aufrufs zu Verbrechen oder Gewalttätigkeit eröffnet. Die Hüter der herrschenden Ordnung nahmen Anstoss am mitgetragenen Anti-Erdogan-Transparent «tötet Erdogan mit seinen eigenen Waffen». Die OrganisatorInnen der Demo distanzieren sich offenbar ebenfalls von diesem Plakat, obwohl Erdogan und seine Schergen Tod und Elend in der ganzen Türkei verbreiten und nur die Sprache der Gewalt kennen.

Solidarisieren wir uns mit den unbekanntem VerfasserInnen und TrägerInnen dieses Transparents im laufenden Strafverfahren!

# Politwochenende 2017

## Samstag, 22.4.

### 14:30: Rebellion als Massenbetrug

*Der Mainstream der linken Pop- und Subkultur gibt sich radikal, ist aber völlig konformistisch.*

Der gegenwärtige Kapitalismus setzt nicht nur auf Repression und Unterdrückung, sondern verkleidet Herrschaft mit repressiver Toleranz: Er greift Wünsche nach Emanzipation, Autonomie und Pluralität auf, um sie zu vereinnahmen und sich so zu modernisieren. Nicht alles, was »subversiv« und »kritisch« daherkommt, ist es also auch. So auch der aktuelle Mainstream linker Pop- und Subkultur-Bands: Diverse »Zeckenrapper«, Punkrock- und Electro-Bands, die von Labels wie Springstoff oder Audiolith vertrieben werden, geben sich nonkonform und rebellisch, sind aber eigentlich völlig angepasst und kreuzbrav. Ihre Forderungen nach Diversität sind linksliberaler Common Sense, ihr Antifaschismus ist staatstragend, und ihr vermeintlicher Hedonismus nur neoliberaler Eskapismus. Das sagt einiges über den Zustand der Linken aus – und macht es modernen Rechten umso leichter, sich als Opposition zu verkaufen. Referent: John Lütten (Autor, Melodie & Rhythmus), Organisiert von der Tierrechtsgruppe Zürich

### 16:30: Soli-Versteigerung «Celox für Rojava»

*Win-Win für Zürich und Rojava: Tolle Versteigerungstücke und aktive Unterstützung der Kämpfenden in Rojava.*

### 17:00 & 18:30: Türkei und Rojava: Aus dem Inneren des Krieges

*Über die Wichtigkeit der Herstellung revolutionärer Kampfeinheiten.*

In einem ersten Block spricht ein Repräsentant der HDBH [Vereinigte Revolutionäre Volksbewegung] über die Überlegungen, die zu diesem Bündnis der bewaffnet kämpfenden, linken kurdischen wie türkischen Organisationen und Parteien der Türkei geführt haben: «Es gibt eine Kraft, eine Bewegung, die ausserhalb des staatlichen Zugriffs agiert: das ist die Guerilla. So lange die Guerillabewegung da ist, wird Erdogan Schwierigkeiten haben, seine Regierung fortzuführen» (Riza Altun).

Im zweiten Block berichteten spanische GründungsmitgliederInnen des Internationalen Freiheitsbataillons [IFB] in Rojava über ihre Erfahrungen und die Rolle schlagkräftiger internationalistischer Verbindungen.

## Sonntag, 23.4.

### 14:00: Den Feind kennen. Internationale Netzwerke der militanten Fascho-Szene am Beispiel Unterwasser

*Markus Bernhardt, Autor und Journalist, geht Verbindungen und Geldflüssen zwischen dem Thüringer Faschisten-Sumpf und hiesigen Strukturen nach.*

Nicht erst seit dem «Rocktoberfest» 2016 in Unterwasser (SG) ist bekannt, dass Neonazis gut vernetzt sind. Ein Teil der Organisator\*innen des grössten Neonazikonzerts der Nachkriegsgeschichte stammen aus Deutschland bzw. aus Thüringen und ferner aus Sachsen, wohin auch ein Grossteil der beträchtlichen Einnahmen floss. Weitere Einnahmen gingen an das Umfeld von Ralf Wohlleben, welcher immer wieder mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in Verbindung gebracht wird. Der NSU war kein isoliertes Trio, welches einfach vom Versagen der Geheimdienste profitiert hat. Hinter Banküberfällen, Bombenanschlägen und Morden steht vielmehr ein weitverzweigtes Neonazi-Netzwerk, das Infrastruktur, finanzielle Unterstützung, ideologischen Rückhalt und Kommunikationskanäle bereitstellt.

Eine grosse Rolle spielte auch der Verfassungsschutz (Deutscher Inlandsgeheimdienst). In Thüringen geht beispielsweise die Gründung des neofaschistischen „Thüringer Heimatschutzes“, aus dem sich auch die drei Rechtsterroristen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe des NSU rekrutierten, auf den dortigen Verfassungsschutz zurück; in den „Thüringer Heimatschutz“ flossen allein über den V-Mann Tino Brandt knapp 200.000 DM aus dem Etat des Verfassungsschutzes.

Über die Hintergründe solcher «staatsnaher» Nazi-Strukturen, die aktuelle Entwicklung neofaschistischer Strukturen/Parteien in der Bundesrepublik – insbesondere in Thüringen und Sachsen – und deren internationa-



le Vernetzung wird uns Markus Bernhardt informieren.

Als Journalist, unter anderem für die Tageszeitung /junge Welt/ und die Wochenzeitung /Unsere Zeit/, hat sich Markus Bernhardt nicht erst seit der Aufdeckung des NSU intensiv mit dem Thema befasst. 2012 erschien von ihm im Papyrossa-Verlag das Buch „Das braune Netz. Naziterror - Hintergründe, Verharmloser, Förderer“.

### 15:30: Linke Strategien gegen rechte Hetze

*Was tun gegen die Politik der Spaltung? Beiträge zur Analyse der aktuellen Rechtsentwicklung und zu revolutionären Gegenstrategien.*

In der kapitalistischen Krise verschärfen die Rechten ihre spalterische Politik. Vielerorts gewinnen rechte Parteien an Boden: Sie bekämpfen jede proletarische Solidarität und greifen soziale Errungenschaften an. Was hat die revolutionäre Linke in so reaktionären Zeiten zu tun? Die Veranstaltung leistet einen Beitrag zur Analyse der Rechtsentwicklung und bietet den Rahmen für eine strategische Diskussion.

### 17:00: Widerstand in den USA – Aktuelle Herausforderungen der revolutionären Bewegung in den USA

*Jeremy Glick (Schriftsteller und Aktivist aus New York) berichtet über die aktuelle Situation und die Geschichte der verschiedenen revolutionären Bewegungen in den USA.*

Mit der politischen Krise in den USA ist der Widerstand auf der Strasse wieder zum Mittelpunkt linker Politik geworden. Massenhaft demonstrieren, blockieren und kämpfen Ausgebeutete und Unterdrückte täglich gegen den Rechtsrutsch und für eine emanzipatorische Perspektive. Für die verschiedenen revolutionären Kräfte in den USA sind dies neue Perspektiven und Herausforderungen. Wir sprechen mit dem Aktivistin Jeremy Matthew Glick aus New York über die Situation und die verschiedenen Ansätze revolutionärer Bewegungen in den USA.

Neben den Veranstaltungen gibt es Infozelte zu verschiedenen politischen Themen, Essen, Siebdruck, Barbetrieb und Infos rund um den 1. Mai!

### Infozelte unter anderem mit:

#### Kampf um die Stadt

Inkl. Input-Referat und Informations-Zelt zum MieterInnen-Kampf an der Mülhauserstrasse 26 in Basel sowie zum anstehenden Zürcher Kongress gegen Stadtentwicklung

#### G20

Alle Infos zur kommenden Mobilisierung in Hamburg.

## 1. Mai Zürich

09:30 Revolutionärer Block an der 1. Mai-Demonstration: Helvetiaplatz Zürich

12:30 Revolutionärer Treff. Infos zu G20 und Konzerte mit S.O.S. und Chaostruppe: Kanzleiareal Zürich

Die Basisstation im Kampf um Zürichs Strassen. Laufende Informationen zur Lage aber auch zu anstehenden Mobilisierungen wie dem G20. Daneben natürlich stärkende Kulinarik und Kultur mit Chaostruppe und S.O.S.

Abendprogramm mit Infos zu Nekane & Live-Schaltung in die Türkei: Turnhalle auf dem Revolutionären Treff

Nach dem 1.Mai geht der Kampf weiter. Einige Ausblicke darauf gibt das Nekane-Bündnis, sowie der Input zu praktischen Belangen der Hamburger G20-Mobilisierung. Daneben Bilder und Live-Schaltung in die Türkei zum dortigen 1.Mai. Weitere aktuelle Infos und Programm Basel und Winterthur: [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org)

# Run the Jewels – Burn the System and start again

**HIP HOP/RAP Mit ihrem neuen Album *Run the Jewels 3* zeigen Killer Mike und EL-P, besser bekannt als *Run the Jewels*, einmal mehr wie gekonnt sie hervorragend produzierte Rap-Musik mit relevanten politischen Botschaften zu verbinden wissen.**

(agkkzh) Als Jaime Meline (EL-P) und Michael Render (Killer Mike) 2011 einander vorgestellt wurden, war ihnen sofort klar, dass es zu einer musikalischen Zusammenarbeit kommen würde. Beide Rapper waren damals bereits vertraute Grössen in der Hip Hop Szene. EL-P feierte Erfolge im New Yorker Untergrund als Mitglied der Gruppen *Company Flow* und *The Weathermen* während Killer Mike sich in seiner Heimatstadt Atlanta als Rapper im Umfeld von *Outkast* profilierte. Nach einer gemeinsamen Tournee beschlossen die beiden, miteinander ein musikalisches Projekt in Angriff zu nehmen; Run the Jewels war geboren. Im Juni 2013 erschien die erste Platte, schlicht als *Run the Jewels* betitelt, und vermochte bereits die Aufmerksamkeit sowohl der Kritiker als auch von Hip Hop Fans zu erregen, wobei der breite kommerzielle Erfolg zu diesem Zeitpunkt noch ausblieb.

## Erste Schritte

Zu weiten Teilen von EL-P produziert, kann *Run the Jewels* als Blaupause davon verstanden werden, was sich in Zukunft zum unverkennbaren Sound von Run the Jewels entwickeln wird. EL-P, bereits ein etablierter Produzent, vermag es, schon auf der ersten Platte, eine für Run the Jewels charakteristische musikalische Signatur zu entwickeln, die er mit den folgenden Veröffentlichungen stetig verfeinern wird. Die tiefen Bässe wummern, die Snare klingt hell und präzise, Synthesizer werfen kurze, prägnante Melodiefetzen ein, alles vermischt sich zu einem düsteren, wütenden Ganzen von minimalistischer Eleganz und Killer Mike sinniert über die Polizeipräsenz in der Nachbarschaft, die ihn an die Gestapo denken lässt: *Cops in the Ghetto they move like the Gestapo, Drunk off their power and greed* (Polizisten im Ghetto, sie bewegen sich wie die Gestapo, berauscht von Macht und Habsucht). Diese Mischung aus sozialkritischen Texten und hervorragender Produktion wird zum herausragenden Merkmal von Run the Jewels und erinnert an Bands wie *Rage against the Machine*, obschon diese einem völlig andern Bereich des musikalischen Spektrums zuzuordnen sind.

## Der Weg zum Erfolg

Das zweite Album, der Nummerierung folgend *Run the Jewels 2* genannt, enthält alle Zutaten die zur Grösse des ersten beigetragen haben, das Ergebnis ist jedoch bei weitem imposanter. EL-P's Produktion ist härter und präziser geworden, der Rohdiamant, der *Run the Jewels* war, ist geschliffen. Diverse Kritiker rufen *Run the Jewels 2* als Album des Jahres 2014 aus, die Platte wird nicht nur von Hip Hop Fans mit Begeisterung aufgenommen, sondern erreicht eine breite Masse von Zuhörern. Vor dem Hintergrund der Ereignisse dieses Jahres, den Ermordungen zweier Afroamerikaner, Michael Brown in Ferguson und Eric Garner in Staten Island, ist der politisch motivierte Rap von Run the Jewels aktueller denn je, Killer Mike fordert, sich am System der Unterdrückter zu rächen: *Conditions create a villain, the villain is given vision. The vision becomes a vow to seek vengeance on all the vicious liars and politicians, profiteers of the prisons* (Umstände schaffen den Widersacher, der Widersacher kommt zur Einsicht. Die Einsicht wird zum Eid sich an den bösartigen Lügner und Politikern, den Profiteuren der Gefängnisse zu rächen). Killer Mike interpretiert rassistische Gesetze, welche vor allem AfroamerikanerInnen kriminalisieren, als die Umstände, welche den Widersacher erschaffen, der sich schliesslich am System rächen wird. Anlässlich der Ermordungen und den darauf folgenden Protesten veröffentlicht Run the Jewels einen Remix von *Run the Jewels 2* auf dem die Gesangspassagen von Katzen übernommen werden und taufen das Werk *Meow the Jewels*. Die Erträge daraus gingen an die Familien der Opfer sowie an einen Fond, aus dem Anwälte bezahlt werden, die den Protestierenden rechtlich beistehen. Run the Jewels unterstützten so aktiv die Widerstandsbewegung, die sich in den Städten der Vereinigten Staaten bildet.

## Der dritte Streich

Mit dem dritten Album, das zum Jahreswechsel 2016/2017 veröffentlicht wurde, gelingt Run the Jewels

ihr bis dato grösster Streich. Ziel war es, die Platte *Me-ner, Harder and Angrier* (fieser, härter und wütender) zu machen, was definitiv gelungen ist. Die Produktion ist zweifellos die Beste, die EL-P bisher abgeliefert hat. Die Bässe sind tiefer, die Melodien sind düsterer, bedrohlicher, die Drums exakt, jeder Schlag ist präzise und geschmackvoll gesetzt, eine dystopische Stimmung wird evoziert, die an Orwells 1984 oder Huxleys *Brave New World* denken lässt. Killer Mike und EL-P sind mittlerweile ein sich mehr als perfekt ergänzendes Rapper-Duo, das sich instinktiv zwischen den Takten abwechselt, sich immer als Einheit durch die Songs bewegt und deren Stimmen die bedrohliche Klanglandschaft mit revolutionärer Energie zu durchschneiden vermögen. *Run the Jewels 3* ist ohne Zweifel der bis anhin politischste Effort von Run the Jewels. Während man *Run*

## Engagement neben Run the Jewels

Killer Mike ist auch neben Run the Jewels politisch sehr engagiert und äussert sich auf diversen Plattformen zur politischen Situation in den Vereinigten Staaten und im speziellen auch zur Situation der AfroamerikanerInnen. In Interviews spricht sich Killer Mike für den freien Zugang zur Kultur aus, so konnte man bisher auch alle Veröffentlichungen von Run the Jewels gratis im Internet beziehen. Weiter erinnert er immer wieder an die Leistungen sozialistischer Bewegungen in den USA, wie etwa das *Free breakfast for School Children Program* (Gratisfrühstück für Schulkinder Programm) der Black Panther Party, und weist darauf hin, dass in dieser Hinsicht schon viel zu lange nichts mehr erreicht wurde.



Killer Mike und EL-P bilden zusammen Run the Jewels

*the Jewels 2* als Anstiftung zum Protest sehen kann ist *Run the Jewels 3* definitiv der Aufruf zur Revolte, ein wütendes Manifest, welches den, nach der Wahl Trumps, aufgebrauchten Massen revolutionäre Positionen aufzeigt. Run the Jewels machen klar, dass sie es auf das Establishment abgesehen haben, sie sich mit dem einfachen Volk solidarisieren und dass es unbequem für die Herrschenden wird: *Poor folks love us, the rich hate our faces. We talk too loud, won't remain in our places* (Die armen Leute lieben uns, die Reichen wollen uns nicht sehen. Wir reden zu laut, verharren nicht auf unseren Plätzen) verkündet EL-P in dem Lied *Everybody stay calm*. Auf dem Track *Thieves!* findet Killer Mike klare Worte: *You can burn the system and start again* (Du kannst das System niederbrennen und neu beginnen) und EL-P ergänzt: *Fear's been law for so long that rage feels like therapy* (Angst war lange Gesetz, Wut fühlt sich wie Heilung an). In dem Song *2100* wird das Klima des Hasses, welches von der Trump Administration geschürt wird, thematisiert, so findet Killer Mike: *The evenging news givin' yous views, Telling to pick your master for president, Been behind the curtain, seen the devil workin'* (Die Abendnachrichten geben dir deine Überzeugungen, sagen dir, deinen Meister zum Präsident zu wählen, doch ich war hinter dem Vorhang, habe den Teufel arbeiten sehen) und er macht klar, dass gehandelt werden muss: *It's too clear, nuclear's too near And the holders of the molotov say that „Revolution's right here, right now“ and they ain't calling it off* (Es ist offensichtlich, der nukleare Krieg ist zu nahe und die, die den Molotov halten sagen: Die Revolution ist hier und jetzt und sie ziehen es durch). Das Album endet mit dem Titel *Kill your Masters* auf dem Killer Mike nochmals eindeutig Position bezieht: *Choose the lesser of the evil people and the devil still gon' win It could all be over tomorrow, kill our masters and start again* (Wähle das geringere Übel und der Teufel wird trotzdem gewinnen, Morgen könnte alles zu Ende sein, tötet unsere Herrscher und beginnt etwas Neues). Es wird ersichtlich, dass der demokratische Prozess, in dem man sich bloss für das geringere Übel entscheiden kann, nicht zielführend ist, sondern nur das Überwinden der bestehenden Ordnung die Lage nachhaltig verbessern kann.

## Politische Relevanz

Run the Jewels sind bei weitem nicht die einzigen politisch relevanten Musiker im derzeitigen Mainstream. So haben beispielsweise Kendrick Lamars präzise, in hervorragender Lyrik daherkommenden Beschreibungen der Lebensumstände des afroamerikanischen Proletariats in den Vorstädten von Los Angeles definitiv eine politische Brisanz, welche jedoch eher indirekter Natur ist. Run the Jewels hingegen beziehen in ihrer Musik aktiv eine pro revolutionäre Position und engagieren sich auch ausserhalb des musikalischen Kontexts für eine revolutionäre Politik und sind so ein Unikat in der zeitgenössischen populären Musiklandschaft.

**Rote Welle**

**LoRa 97.5 MHz**

**Sonntag  
18 bis 20 Uhr  
Immer am ersten  
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen  
jeweils  
donnerstags  
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:  
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

**Verkaufsstellen Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

**Verkaufsstellen Deutschland:** Schwarzmatt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D - 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.